

Edvard Beneš

**Das österreichisch-deutsche Abkommen : Exposé des Ministers der auswärtigen
Angelegenheiten in den Aussenausschüssen des Abgeordnetenhauses und des
Senates am 23. April 1931 über die Vorschläge zur Lösung der europäischen
Volkswirtschaftskrise**

Prag: Orbis, 1931

<http://purl.uni-rostock.de/rosdok/ppn1833185544>

Druck Freier  Zugang  OCR-Volltext

QUELLEN UND DOKUMENTE
ZUR TSCHECHOSLOVAKISCHEN ZEITGESCHICHTE

Nr. 6

Dr. EDVARD BENEŠ

DAS
ÖSTERREICHISCH-
DEUTSCHE
ABKOMMEN

1931

»ORBIS« VERLAG PRAG XII, FOCHOVA 62

Rf-4 (2)¹⁸ ~~XXX~~

Preis Mk 1,-

VERLAGSBUCHHANDLUNG

»ORBIS«

PRAG XII., FOCHOVA 62

	Kč
D'ARMES JEAN, Masaryk Proletarier, Professor, Präsi- dent	10.—
BOROVÍČKA J., Zehn Jahre Tschechoslovakischer Politik	22.—
BROD M., Sternenhimmel, gebd.	36.—
BRÜNN, DIE HAUPTSTADT VON MÄHREN	22.—
BUTTER-RUML, Tschechoslovakische Republik	30.—
ČAPEK K., W. U. R.	20.—
DAS TSCHJECHISCHE BUCH (Redigiert von A. No- vák)	20.—
DEMOKRATIE UND PARLAMENTARISMUS	15.—
DIE TSCHJECHOSLOVAKISCHE REPUBLIK. Jahr- buch 1928	60.—
KLIMT A., Genossenschaftswesen und soziale Fürsorge	12.—
KRAUS A., Die sogenannte tschechische Renaissance und die Heimatdeutschen	8.—
KROFTA K., Die Deutschen in Böhmen	6.—

ERHÄLTlich BEI JEDEM BUCHHÄNDLER

DAS ÖSTERREICHISCH-
DEUTSCHE ABKOMMEN

QUELLEN UND DOKUMENTE
ZUR TSCHECHOSLOVAKISCHEN ZEITGESCHICHTE
Nr. 6

Dr. EDVARD BENEŠ

DAS
OSTERREICHISCH-DEUTSCHE
ABKOMMEN

EXPOSÉ
DES MINISTERS DER AUSWÄRTIGEN
ANGELEGENHEITEN

in den Aussenausschüssen des Abgeordnetenhauses und des Senates
am 23. April 1931

ÜBER DIE VORSCHLÄGE ZUR LOSUNG
DER EUROPÄISCHEN
VOLKSWIRTSCHAFTSKRISE

1931

»ORBIS« VERLAG PRAG XII, FOCHOVA 62



7437. G. 496.

I. EINLEITUNG

Durch das Bekanntwerden des Planes der sogenannten deutsch-österreichischen Zollunion am 21. März 1931 ist die internationale Öffentlichkeit Europas in heftige Erregung geraten. Die europäische Öffentlichkeit und einige Regierungen haben sofort in einer Art und Weise reagiert, welche weder in Berlin noch in Wien erwartet worden ist und dort lebhaft überrascht hat. Diese starke und spontane Reaktion zeigt an und für sich, daß es sich um ein weitreichendes Ereignis handelt.

Ich habe sogleich am 26. März im Außenausschusse des Abgeordnetenhauses Gelegenheit gehabt, meinen Standpunkt zu dem ganzen Probleme darzulegen. Der Regierung hat es sich darum gehandelt, einer Desorientierung in unseren politischen und Wirtschaftskreisen vorzubeugen. Ich habe jedoch ersucht, vorläufig über meine Erklärung keine Diskussion abzuführen. Es war not-

wendig, sich vorher der Meinung einiger europäischer Regierungen und Hauptinteressenten zu vergewissern.

Heute ist es bereits möglich, der Öffentlichkeit Aufklärungen und Informationen über die Entwicklung und Tragweite der ganzen Frage, über unseren Standpunkt und den der anderen interessierten Regierungen zu erteilen.

Ich werde versuchen, die Frage objektiv, ohne überflüssige Polemiken so zu beleuchten, wie dies der Ernst des Problems erheischt und wie uns dies die Interessen unseres Staates und Volkes vorschreiben.

II. DER VERLAUF DER EREIGNISSE NACH VERÖFFENTLICHUNG DES PLANES ÜBER DIE SOG. DEUTSCH-ÖSTERREICHISCHE ZOLLUNION — UNSER^{er} STANDPUNKT

Der wesentliche Inhalt des Planes der sogenannten deutsch-österreichischen Zollunion, welche bei dem Besuche des deutschen Außenministers Curtius in Wien vereinbart worden ist, ist der internationalen Öffentlichkeit am 21. März 1931 mitgeteilt worden. Die Veröffentlichung des vollständigen Textes, die am 25. März erfolgte, hat in ganz Europa große Überraschung und in einer Reihe von Staaten Unwillen und Widerstand hervorgerufen. Die Regierungen jener Staaten, welche von der ganzen Angelegenheit noch vor der Veröffentlichung des Planes Kenntnis erlangt hatten, haben eine vorläufige Intervention in Wien vorgenommen, wobei sie vollständigere Informationen verlangt und darauf aufmerksam gemacht haben, daß der Plan nach ihren Informationen die internationalen Verpflichtungen Österreichs verletzen könnte.

Ich habe die Angelegenheit vor allem mit den Regierungen durchbehandelt, welche zu dem Plane einen analogen Standpunkt wie wir eingenommen haben, und ich habe die Auffassung aller übrigen Regierungen feststellen lassen. Ich kann heute folgende Fakten konstatieren:

1. Die tschechoslovakische Regierung ist in der Beurteilung der Frage mit der französischen Regierung und mit den Regierungen der beiden Staaten der Kleinen Entente vollständig eins. Ich bemerke, daß diese Einigkeit gleich vom Anfange an eine vollständige war und daß weder in Belgrad noch in Bukarest besondere Verhandlungen zur Erzielung dieser Einheit notwendig waren.

2. Die tschechoslovakische Regierung und die erwähnten anderen Regierungen haben gleich darauf konstatieren können, daß sich in der Beurteilung der Frage auch Polen mit ihnen auf derselben Linie befindet.

3. Die erwähnten Regierungen sind übereinstimmend der Meinung, daß der vorbereitete Plan einige Bestimmungen der Friedensverträge von Versailles und St. Germain und des Genfer Protokolles vom Jahre 1922 verletzt.

4. Die französische Regierung hat den Plan des britischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten akzeptiert, die ganze Frage dem Völkerbunde bei seiner Mai-Tagung, und eventuell dem Internationalen Gerichtshofe im Haag zwecks rechtlicher Beurteilung vorzulegen. Dieser Stand-

punkt ist von der britischen Regierung am 25. März 1931 auch unserer Regierung mitgeteilt worden und ich habe namens unserer Regierung dem H. Minister Henderson den Dank sowie die Zustimmung unserer Regierung zu diesem Schritte sowie zu der Aufforderung des H. Ministers Henderson an die beiden interessierten Regierungen dahin, mit den weiteren Schritten und Plänen in Angelegenheit der Zollunion insolange nicht fortzufahren, bis der Völkerbund die Möglichkeit haben werde, sich über die Angelegenheit auszusprechen, zum Ausdruck gebracht. Italien hat später ganz den gleichen Standpunkt eingenommen wie England.

5. Über die Frage, in welcher Form und was eigentlich von der ganzen Frage der sog. Zollunion vor den Völkerbund kommen sollte, haben unsere Regierung und mit uns die bereits erwähnten Regierungen einen von der Meinung der Berliner und Wiener Regierungen abweichenden Standpunkt. Die Frage dieser sog. Zollunion ist eines der gewichtigsten politischen und wirtschaftlichen Probleme des heutigen Europa. Ihre politischen und wirtschaftlichen Folgen würden weitreichend sein. Bloß die juristische Seite der Angelegenheit zu prüfen, bedeutet die Prüfung nur eines verhältnismäßig unwesentlichen Ausschnittes des Problems. Auch wenn die juristische Seite der Angelegenheit sofort in diesem oder jenem Sinne gelöst würde, bleibt das politische und wirtschaftliche

Problem in seiner ganzen Ausdehnung bestehen und kann morgen oder übermorgen in anderer Form neuerlich auftreten. Es ist daher ratsam, in Genf zu der ganzen Frage einen politischen, wirtschaftlichen und juristischen Standpunkt einzunehmen. In diesem Sinne habe ich auch sofort meine erste Kundgebung im Außenausschusse gehalten.

6. In formeller Beziehung haben schließlich alle betroffenen Regierungen zu dem gewählten Vorgehen einen ablehnenden Standpunkt eingenommen: man setzte aus, daß die Angelegenheit unrichtig inszeniert, daß Europa vor ein „fait accompli“ gestellt worden sei, daß dies nicht der Art und dem Vorgehen entspreche, zu welchem die Staaten als Mitglieder des Völkerbundes gegenseitig verhalten sind, daß dadurch im vorhin ein Mißtrauen zu dem ganzen Plane hervorgerufen worden und daß schließlich dadurch eine Atmosphäre geschaffen worden sei, welche die ge-
deihlichen Vorbereitungen für die Abrüstungskonferenz gefährden könnte.

Ich bemerke, daß in dieser Weise das ganze Vorgehen nicht nur jene Regierungen und Staaten, welche sich betroffen fühlten, sondern auch sehr ernste Faktoren auf der anderen Seite kritisieren. Es genügt, nur die deutsche und österreichische Presse zu lesen und den Standpunkt der einzelnen politischen Parteien oder einiger wich-

tiger politischer und wirtschaftlicher Faktoren auch in Deutschland und Österreich zu erkennen. Man kann daher diese Kritik und die Ablehnung des Vergehens als sachlich ansehen.

III. DIE VERTEIDIGUNG DER BERLINER UND WIENER REGIERUNG UND UNSER STANDPUNKT

Auf eine Reihe dieser an die Berliner und Wiener Regierung adressierten Vorhaltungen haben die verantwortlichen Faktoren beider Staaten mit verschiedenen Deklarationen geantwortet, worin sie ihre Gegengründe dargelegt haben und eventuell bemüht waren, die sachliche und formelle Richtigkeit ihres Vorgehens zu erweisen.

Ich möchte sogleich betonen, daß diese Antworten in der Form im ganzen maßvoll waren. In der Sache selbst waren sie bestrebt, alle sachlichen Argumente für das Vorgehen beider Regierungen anzuführen. Ich anerkenne namentlich die sachliche Antwort des Herrn Ministers der auswärtigen Angelegenheiten des Deutschen Reiches Dr. Curtius.

Dieser formell einwandfreie Ton und die sachlich ernste Art der Argumentation ohne überflüssige Polemiken führen mich dazu, alle diese Argumente ganz freundschaftlich und sachlich durchzugehen. Ich erachte es als ein großes Plus der internationalen Politik — und namentlich der Beziehungen zwischen allen unseren drei Staaten — wenn es möglich ist, in so ernsten und weitreichenden Angelegenheiten öffentlich die Anschauungen ohne Betonung von Prestigefragen, ohne Polemik ruhig und sachlich auszutauschen.

Ich werde bemüht sein, daß diese Sachlichkeit immer und unter allen Umständen in diesem Streite konsequent gewahrt werde. Dies erheischt die wahrhaft demokratische Diskussion, Loyalität und der sogenannte Geist von Genf in internationalen Beziehungen und Debatten.

IV. DER DEUTSCH-ÖSTERREICHISCHE PLAN UND DIE WIRTSCHAFTLICHEN AKTIONEN DER KLEINEN ENTENTE

Auch meine Darstellung will keine Polemik sein, sondern nur ein Gedankenaustausch und eine Erläuterung des Wesens dieser Frage von unserem Standpunkte aus.

Herr Minister Curtius wünscht, daß der Plan der sogen. deutsch-österreichischen Union nur als wirtschaftliche, unpolitische Aktion beurteilt und daß in Genf ausschließlich seine juristische Seite überprüft werde. Dieser Standpunkt ist meinem Urteile nach unhaltbar. *Man kann doch nicht ernstlich behaupten, daß die Frage irgendeiner Wirtschaftskooperation größeren Stils oder Umfanges im heutigen Europa eine unpolitische Angelegenheit ist.* Man kann dies von Wirtschaftsfragen des heutigen Europa in der Zeit einer so großen Wirtschaftskrise, wo langsam drei Viertel der ganzen europäischen Politik nur lauter Wirtschaftsfragen bilden, überhaupt nicht behaupten. Man kann dies jedoch namentlich nicht von den österreichischen *Wirtschaftsfragen* behaupten, *welche seit dem Friedensschlusse eminent politisch sind*, dies immer waren und bleiben. Ist doch die Frage des Schicksals von Österreich in seiner wirtschaftlichen und politischen Existenz bereits ein ganzes Dezennium Gegenstand von Diskussionen und Stritten.

Hiebei handelt es sich um eine *Wirtschaftsfrage*, welche einen *speziellen politischen Aspekt* besitzt, den sog. „Anschluß“, von dem sie nicht getrennt werden kann; sie ist ja gerade in den Friedensverträgen als besondere politische und *wirtschaftliche* Frage unterstrichen worden, *speziell* auf sie ist Bedacht genommen worden und sie ist *speziellen* Verpflichtungen und Bedingungen unterworfen worden. Die politische, die wirtschaftliche und die rechtliche Frage dieses Problems können also von einander überhaupt nicht getrennt werden. Jede Separierung wäre eine künstliche; und mehr noch: dies würde bedeuten, vor der Wirklichkeit die Augen zu schließen. Ich halte es für richtig, mannhaft, europäisch offen sich dies unter einander zu sagen. Es ist ja doch jedem klar, worum es sich handelt. *Jede Zollunion* von Staaten, wie dies Deutschland und Österreich sind, müßte als ein Schritt zum vollständigen wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluß angesehen werden. Die Klausel von der Wahrung der wirtschaftlichen oder politischen Selbständigkeit des kleineren Staates hat hier nur akademischen, formellen Inhalt und Sinn. Ich glaube, daß es mannhaft, sachlich und wiederum europäisch offen ist, sich dies aufrichtig und klar zu sagen. Ich selbst habe vor dieser Wahrheit keine Befürchtungen und ich beabsichtige nicht, sie unserer politischen öffentlichen Meinung zu verbergen.

Man sagt in Berlin und Wien, daß der Plan

der sog. Zollunion der erste Schritt zu einer europäischen Kooperation und gleichzeitig das Beispiel eines Regionalübereinkommens im Genfer Sinne wäre. Ich glaube, die beste Antwort darauf ist, daß alle übrigen Interessenten *ganz im Gegenteil diesen Versuch als einen ungeeigneten Schritt zur Kooperation ansehen, auf dieser Basis nicht werden kooperieren wollen und ihn nicht als Beispiel eines sog. Regionalübereinkommens ansehen werden, welches zur Einigung Europas führen würde. Ich selbst bin auch von dem Gegenteile überzeugt. Schon die bloße Tatsache eines so spontanen Mißtrauens muß den Beweis bilden, daß man auf diesem Wege nicht zu einer aufrichtigen und wahrhaften Kooperation kommen wird; und auf der anderen Seite bin ich mir, wie ich später eingehender zeigen werde, dessen gewiß, daß das Ergebnis ein gerade umgekehrtes sein wird: es wird kein Schritt zur Kooperation und auch nicht zur Einigung Europas sein, sondern im Gegenteil ein Schritt zur Schaffung von zwei einander gegenüberstehenden Blocks. Dies würde jedoch bedeuten, daß wir hier die ersten Schritte zu neuen schweren Wirtschaftskämpfen in Europa und von ihnen aus zu den nachfolgenden politischen Konflikten gehen.*

Es wird gewiß für die in- und ausländische Öffentlichkeit von Interesse sein, wenn ich bei dieser Gelegenheit die sog. Pläne der Kleinen Entente berühre. Ich konstatiere vor allem, daß

die sog. Ökonomisierung der Kleinen Entente in den Staaaten derselben seit ihrer Konferenz in St. Joachimsthal im Jahre 1927 gesprochen wird. Damals ist der erste Beschluß über die Notwendigkeit eines gegenseitigen Studiums dieser Frage und über die Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten der Kleinen Entente gefaßt worden. Zu praktischen Schritten ist es jedoch erst ein Jahr nach der Konferenz der Kleinen Entente in Bukarest im Jahre 1928 gekommen. Es ist beschlossen worden, eine Studienkommission zu errichten, welche im Herbst d. J. 1928 in Bukarest zusammentreten sollte. In manchen unserer landwirtschaftlichen Kreise hatte man jedoch dagegen Befürchtungen. Damals begannen bei uns die ersten Schwierigkeiten der landwirtschaftlichen Krise, die Sitzung ist verschoben worden und schließlich wurde im Jahre 1928 davon Abstand genommen. Im Jahre 1929 sind abermals Versuche unternommen worden, Jugoslawien und Rumänien verlangten weitere wirtschaftliche Studien, ich selbst habe damit völlig übereingestimmt; unsere innerpolitischen wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben uns aber nicht gestattet, ein festes Programm für diese Diskussionen und Verhandlungen vorzubereiten.

Im Rahmen dieser Pläne hat man stets an eine Verbesserung der Kommunikationen zu Lande und auf der Donau, an die Ausgestaltung der Ein- und Ausfuhrorganisationen, an die Organisation

des direkten Warenaustausches ohne Vermittler usw. gedacht. Es wurden auch verschiedene handelspolitische und juristische Formen erwogen. Wir waren uns immer die Schwierigkeiten irgendeiner Zollunion vom Standpunkte der inneren und äußeren Politik bewußt und wir haben niemals an die Verwirklichung von etwas gegen die anderen Staaten und gegen andere Interessen gerichtetem gedacht. Wir haben dabei auch stets loyal auf die Vorbereitung des Bodens für die wirtschaftliche Kooperation mit Ungarn gerechnet.

Auf der Konferenz der Kleinen Entente in Štrbské Pleso im Jahre 1930 ist diese Frage namentlich durch Minister Marinkovič in den Vordergrund gestellt worden, welcher die Notwendigkeit der Lösung der Agrarkrise in einer Form der Mitarbeit der Industrie- und Agrarstaaten betont und bereits damals auf die Möglichkeit eines Übereinkommens zwischen unseren drei Staaten in Form von Präferenzzöllen für landwirtschaftliche Produkte aufmerksam gemacht hat. Ich selbst habe die Anregung entgegengenommen und habe sodann daheim namentlich mit H. Minister Engliš über den Plan des Schutzes der Landwirtschaft in dieser oder jener Form, am liebsten in Form eines Einfuhrmonopoles verhandelt.

Ich will betonen, daß wir diese Betreibungen einer sog. Ökonomisierung der Kleinen Entente niemals und vor niemandem geheim gehalten haben und deshalb ist, weil wir sie vor der ganzen

Öffentlichkeit öfter besprochen haben, der langsame Gang dieser Arbeiten als Beweis der Nichtlebensfähigkeit und Schwäche der Kleinen Entente angeführt worden.

Ich bemerke noch, daß bei diesen Unterhaltungen mit den verantwortlichen Faktoren, Ministern, Gesandten und Politikern der benachbarten und interessierten Staaten sowie bei den Diskussionen in Genf ich immer betont habe, daß diese Angelegenheit öffentlich sind, daß wir nichts gegen diese Aktionen in Mitteleuropa weder gegen Deutschland, oder Italien, oder gegen Österreich, oder Ungarn gerichtet sein wollen und es auch nie waren und sein werden, und daß es einfach ein Nichtverstehen der Situation ist, wenn da und dort über die Politik der Kleinen Entente wie über ein Instrument der französischen Politik geklagt wird. Ich könnte über dieses Vorgehen sehr markante Beweise aus meinen Gesprächen mit den verantwortlichen Faktoren der internationalen Politik zitieren. Namentlich Italien und in den letzten Jahren insbesondere auch dem verantwortlichen deutschen Faktor gegenüber habe ich betont und Beweise gezeigt, daß die Kleine Entente weder wirtschaftlich noch politisch gegen Deutschland oder gegen irgend jemanden anderen gerichtet war, gerichtet ist und es auch nicht sein will. Sie hat eine weit wichtigere Sendung: sie ist und war lediglich der Gleichgewichtsfaktor und der Auf-

rechterhalter des Friedens und der gegebenen Ordnungen in Zentraleuropa.

Was Österreich anbelangt, war meine These von uns allen stets ein und dieselbe: wir haben Österreich niemals in irgendeine Kombination hineingelockt und wollten es auch nicht in eine solche hineinziehen. In dieser Angelegenheit haben die deutschen Faktoren, welche dies befürchtet haben — und ich weiß, daß dies einzelne fürchteten — absolut überflüssige Befürchtungen gehabt. Ich kenne die Verhältnisse in Mitteleuropa nur zu gut und laufe nicht Dingen nach, die nicht real sind. Ich würde es auch für widersinnig erachten, jemanden in eine Kombination zu locken oder ihn in eine Konstellation einzubeziehen, welche seiner Ansicht nach für ihn nicht organisch, d. i. politisch und wirtschaftlich sozusagen vital durch sein Interesse diktiert wird. In solche Kombinationen müßte Österreich vor allem selbst eintreten wollen.

Ich will vorläufig bloß recht klar erklären, daß ich den verantwortlichen und verantwortlichsten österreichischen Faktoren stets deutlich zum Ausdruck gebracht habe, da wir sie in keine Kombination hineinlocken, daß wir ihre völlige Freiheit und Selbständigkeit, Gleichheit und Gleichwertigkeit in der Politik Zentraleuropas wünschen und daß jede gegenteilige Meinung einfach den Tatsachen widerspricht. Fürs erste kann ich mich hier auf eine gewiß autoritative Zeugenschaft berufen:

auf den H. Kanzler Mgr. Seipel und auf unsere gemeinsame Vereinbarung in Prag am 13. und 14. Februar 1928, d. i. zu einer Zeit, wo am meisten über verschiedene mitteleuropäische Kombinationen und Pläne verhandelt wurde. Ein großer Teil unserer damaligen Gespräche war gerade dieser Frage gewidmet. Wenn dies notwendig sein sollte, werde ich weitere gewichtige Zeugnishaften anführen.

Demgegenüber habe ich ungezählte Male die Notwendigkeit unserer intimen wirtschaftlichen Mitarbeit mit Österreich und den übrigen mitteleuropäischen Staaten betont, wobei ich vor allem hiebei an gute und vorteilhafte Handelsverträge zwischen den Nachfolgestaaten gedacht und hiebei grundsätzlich die Ideen einer Konföderation und ähnliche Gebilde der Vergangenheit zurückgewiesen habe, da ich die politisch-psychologischen Schwierigkeiten für die Verwirklichung solcher politisch-wirtschaftlicher Formen bei uns und anderwärts kenne. Namentlich war ich stets für die Geltendmachung von Präferenzzöllen mit Österreich nach Artikel 222 des Vertrages von St. Germain, sowie Art. 205 des Vertrages von Trianon und bei den Verhandlungen über einen Vertrag war hiezu unsererseits immer Bereitschaft vorhanden. Die Durchführung ist auf Schwierigkeiten gestoßen, die aber nicht von unserer Seite gekommen sind. Die Österreicher hatten wegen dieser Durchführung aus Rücksicht

auf ihr Verhältnis vor allem zu Deutschland Befürchtungen, abgesehen davon, daß die Friedensverträge dieses Privilegium handelspolitisch nur zwischen den Signatarstaaten geregelt haben, so daß z. B. die neutralen Staaten in dieser Richtung überhaupt in keiner Weise gebunden waren.

Dieser ihrer Ansicht haben die Österreicher sowohl während der Verhandlungen über den Rahmenvertrag im Mai 1921, als auch bei den Verhandlungen über den Zolltarifvertrag im Jahre 1924 Ausdruck gegeben. Italien hat in der Befürchtung, daß einzelne seiner Interessen durch die Anwendung des Artikels über das Präferenzregime berührt werden könnten, diese Frage bereits im Frühjahr 1921 während der Verhandlungen über den tschechoslovakisch-italienischen Handelsvertrag zur Diskussion gebracht, obwohl es sich nur um einen Rahmenvertrag über die Meistbegünstigungen gehandelt hat. Wir waren um die Verwirklichung dieses Gedankens bemüht, d. i. das Inslebentreten der Artikel, zu deren Anwendung es trotz unserer Anstrengung und daher ohne unsere Schuld auch nach Ablauf der Zeit nicht gekommen ist, auf die sie nach den Friedensverträgen limitiert waren. Im Jahre 1925, als das Problem neuerlich auftauchte, war unser Standpunkt zu dem Präferenzgrundsatz ein bejahender. Wir mußten uns allerdings gegen eine solche Konstruktion der Präferenzen wehren, welche eine Einseitigkeit und Schädigung unserer

Interessen bedeutet hätte. Auch im Jahre 1927 auf der großen internationalen Wirtschaftskonferenz in Genf waren wir dahin bestrebt, daß dieser Grundsatz angenommen werde, sind aber wieder auf ernstem Widerstand der Mehrheit gestoßen.

Ich habe jedoch bei dieser Mitarbeit die Teilnahme nur einer *einzig*en Großmacht allein abgelehnt, weil dies für das übrige Europa untragbar gewesen wäre, weil dies eine Störung des europäischen Gleichgewichtes gewesen wäre, was nicht zur Mitarbeit, sondern zu politischen Konflikten und Unruhen geführt hätte; ich habe mir vor allem für diese mitteleuropäische Mitarbeit eine Gruppierung der kleinen Staaten und dann ihre Angliederung nicht etwa an eine, sondern an drei interessierte Großmächte gewünscht, d. i. Deutschland, Frankreich und Italien, wobei ich immer meine auch heutige Überzeugung zum Ausdrucke gebracht habe, daß ein Übereinkommen von Berlin und Paris und dieser beiden mit Rom für die Konsolidierung Europas notwendig ist.

Ich möchte daher neuerlich betonen: die tschechoslovakische Politik hat niemals durch irgendeine internationale Aktion jemanden überrascht, was sie unternommen hat, geschah öffentlich, so daß ihr dies manchmal als Reklame ausgestellt worden ist. Und wenn sie jemals etwas unternahm, so hat sie im vorhinein loyal jene davon verständigt, die dies betraf und mit denen sie in freundschaftlichem Verhältnisse gestanden ist, oder sie

hat sich mit ihnen über das Vorgehen direkt geeinigt. So ist sie in der Vergangenheit vorgegangen, so wird sie auch in Zukunft bei allen weiteren Wirtschaftsarbeiten der Kleinen Entente vorgehen.

Über die Verletzung der internationalen Verbindlichkeiten durch den Plan der sog. Zollunion möchte ich vorläufig nur soviel sagen:

Es wäre absolut überflüssig, sich um diese Angelegenheit zu streiten. Es ist heute schon nahezu gewiß, daß sich mit der Frage der Internationale Gerichtshof im Haag beschäftigen wird und daß er seinen Rechtsstandpunkt klar zum Ausdrucke bringen wird. Ich zweifle nicht daran, welcher Standpunkt dies sein kann, weil der Sinn und der Text des Vertrages von Versailles, St. Germain und das Genfer Protokoll vom Jahre 1922, welches als Ergänzung des Vertrages von St. Germain aufgefaßt worden ist, meiner Ansicht nach absolut klar ist.

Ich glaube nicht, daß Genf vor der ganzen internationalen Welt den Kopf in den Sand stecken könnte, es wäre dies keines von uns würdig. Wenn wir die freundschaftlichen Verhandlungen und ein wahrhaft loyales Empfinden, die Genfer Atmosphäre, aufrechterhalten, dann können wir uns ruhig vor der ganzen Welt die volle Wahrheit offen ins Gesicht sagen.

Im übrigen werden wir unseren Rechtsstandpunkt in den Details noch formulieren. Unsere

Regierung ist vollauf überzeugt, daß durch die Verwirklichung des Zollunionplanes die angeführten Texte verletzt werden würden. Mag man diese Verbindlichkeiten und die Friedensverträge überhaupt wie immer beurteilen, die tschechoslovakische Regierung wird ihre Unterschrift respektieren. Deshalb genügt es auch nicht, diesen oder jenen Artikel des Zollunionplanes abzuändern — es ist notwendig die *Sache* abzuändern, nicht aber *Worte*.

Das einzige ernste Argument ist eigentlich die Ausgleichung der Wiener Regierung: daß angeblich die Wirtschaftssituation Österreichs eine solche ist, daß es auf eine europäische Lösung nicht warten könne und daß es daher nach dieser Lösung greift. Die übrigen Argumente, daß z. B. angeblich in Genf im September die Wiener Regierung ihren Standpunkt ausgesprochen habe und daß sie sich deutlich für Regionalabkommen ausgesprochen habe, fallen nicht ins Gewicht, weil es Tatsache ist, daß über einen konkreten Zollunionplan niemand verständigt worden ist und niemand von den Beteiligten an so etwas gedacht hat, als über die Regionalabkommen für eine mitteleuropäische Kollaboration gesprochen worden ist.

Ich bemerke vorläufig, daß das eingeführte Abwehrargument nicht dazu hinreicht, die Richtigkeit des Planes und des Vorgehens zu erweisen. Es ist ein Vorwurf für jene, die in Genf langsam

arbeiten. Ich führe als Beweis nur an, daß z. B. die Wirtschaftssituation mancher mitteleuropäischer Staaten auch ernst ist und daß das Gesamtlebensniveau in Österreich bei weitem besser ist als z. B. in Rumänien, Ungarn und Jugoslawien. Dies ist ein einfaches Faktum. Außerdem befindet sich das heutige Österreich in einer unverhältnismäßig besseren Situation als das Österreich vom J. 1920, 1921 und 1922. Und trotzdem hat es damals nicht zu unrichtigen Versuchen gegriffen, im Gegenteil, es ist den einzig richtigen Weg gegangen — *es ging nach Genf*. Herr Kanzler Seipel ist damals völlig unterstützt von unserer Regierung auf die einzig mögliche richtige Weise vorgegangen. Wenn in Genf keine allgemeine Aktion gelungen ist, so war es möglich in Genf eine nur auf einige Staaten beschränkte Aktion, oder eine individuelle Aktion wie i. J. 1922 einzuleiten. So würde wenigstens immer die Tschechoslovakei aus Rücksicht, Loyalität und Freundschaft zu seinen Nachbarn und Freunden vorgehen. Ich will aber eine Hauptsache betonen: ich will aufzeigen, daß der vorbereitete Plan Österreich nicht nur nicht hilft, sondern daß er dessen wirtschaftliches Leben so berührt, daß er ihm tödliche Wunden versetzen kann.

V. WAS BEDEUTET EIGENTLICH DER PLAN DER DEUTSCH-ÖSTERREICHISCHEN ZOLLUNION?

Der eigentliche Sinn des Planes der sog. Zollunion ist folgender:

(a) es wird im wesentlichen ein einheitliches Wirtschafts- und Zollgebiet zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich geschaffen.

(b) Hierbei werden jedoch für eine Reihe von Waren und Produkte Zwischenzölle zwischen beiden Staaten beibehalten und es wird eine Zeit hindurch an der schrittweisen Zoll- und Wirtschaftsangleichung gearbeitet, damit nach einer Zeit beide Wirtschaftsgebiete völlig vereinheitlicht werden.

(c) Dritten Staaten wird die Freiheit belassen, Verhandlungen mit beiden Vertragsparteien dahin anzustreben, zu dieser Gemeinschaft zugelassen zu werden, offenbar auf derselben Grundlage, d. i. die Zölle bei einer Reihe von Sachen zu vereinigen (offenbar andere Sachen als zwischen Österreich und Deutschland) und die Zwischenzölle auch bei einer Reihe anderer Produkte je nach dem Bedürfnisse und den Verhältnissen dieser anderen Staaten beizubehalten.

Alle übrigen Details haben neben diesen Prinzipien untergeordnete Bedeutung.

Wichtig ist aber das, was nicht ausgesprochen ist und was nach den erforderlichen Informationen

auf allen Seiten ich mir ungefähr folgendermaßen zu formulieren erlaube:

Die Anhänger dieses Planes setzen offenbar voraus, daß in einer Art völliger Gleichheit dieser Wirtschaftsgemeinschaft eigentlich nur die Tschechoslowakei beitreten würde, deren Wirtschaftsstruktur sich der Struktur der beiden erwähnten Staaten am meisten nähert. Es wäre nach ihrer Meinung auch keine Schwierigkeit vorhanden, durch ein bestimmtes System von Zwischenzöllen augenblickliche große Krisen hintanzuhalten, die Tschechoslowakei würde eine Reihe von Jahren Zeit zur wirtschaftlichen Angleichung mit dem deutschen Komplex von 70 Millionen erhalten, Deutschland und Österreich würden an sich in ihren Hauptinteressen dadurch keine stärkere Einbuße erleiden, innerpolitisch und parteienmäßig würde es dies ertragen und so einen großen industriellen, gut geschützten Block von 85 Millionen in Mitteleuropa und in Europa überhaupt schaffen.

Auf eine völlig und vollrechtliche Angliederung der landwirtschaftlichen Staaten in Mitteleuropa ist offenbar aus Gründen der inneren landwirtschaftlichen Politik vor allem in Deutschland und in den beiden anderen Industriestaaten nicht gerechnet worden. Damit diese Staaten trotzdem dem ganzen Plane zustimmen und ihm intim assoziiert wären, bleiben zwei Möglichkeiten offen:

- a) Entweder sie durch formellen Beitritt zu

dieser Union anzugliedern, so daß sie nach demselben System wie die Tschechoslovakei Mitglieder unter Beibehaltung des ganzen großen Systems der Zwischenzölle werden würden; nach außen würden dann alle Mitglieder bei verschiedenen Gelegenheiten als ein Ganzes auftreten. In diesem Falle würde sich diese ganze Konzeption von dem heutigen Stande Europas nur dadurch unterscheiden, daß zwar zwischen den mitteleuropäischen Staaten ebenso wie bisher die inneren Zollschranken in Geltung bleiben würden, in manchen Fällen aber diese Schranken gegenseitig herabgesetzt würden; namentlich in den landwirtschaftlichen Produkten würde Deutschland von seinem heutigen in Europa höchsten Schutze heruntergehen, die Tschechoslovakei und Österreich würden hingegen hiebei wahrscheinlich mit den Zöllen hinaufgehen. Diese Zolleinheit würde als Ganzes eine ungeheuere Mauer dem übrigen Europa gegenüber bedeuten, hinter welcher die übrige, namentlich die Industrieproduktion sicher überhaupt keine Konkurrenzfähigkeit haben könnte. Es ist daher nicht richtig anzunehmen, daß diese Aktion lediglich eine Herabsetzung oder Beseitigung der Zölle bedeuten würde.

b) Oder es würde der Plan in seiner vorgelegten Form auf die drei angeführten Industriestaaten eingeschränkt bleiben — wie sich dies nach meinen Informationen die maßgebenden Faktoren tatsächlich vorstellen — und die übrigen landwirt-

schafftlichen Staaten Mitteleuropas würden diesem Industrieganzen durch ein etwas lockereres Band angeschlossen werden, d. i. durch ein bloßes System von Präferenzzöllen auf landwirtschaftliche Produkte.

Dieses lockerere System würde den Zielen der Union einerseits deshalb genügen, weil die große Konsumtionskraft des neuen Industrieblockes in landwirtschaftlichen Produkten an und für sich diese Staaten mit Lebenskraft an Deutschland binden würde; kein europäischer Staat, weder Italien, noch Frankreich, noch England ist nach Meinung der Initiatoren dieses Planes im Stande, diese landwirtschaftlichen Staaten in ihren Bedürfnissen zu befriedigen. Deutschland allein — namentlich mit den beiden anderen Staaten — wäre im Stande, die Überschüsse der landwirtschaftlichen Produktion dieser Staaten aufzubrauchen und seine geographische Lage bietet ihm außerdem den anderen gegenüber natürliche Vorteile. Außerdem würde sich ein einfaches Präferenzsystem für die innere deutsche Politik besser eignen, welche in hohem Maße durch die protektionären landwirtschaftlichen Kreise bestimmt wird. Deutschland ist in der Tat der protektionärste Staat Europas in landwirtschaftlichen Dingen. Nach Meinung der maßgebenden Kreise würde sich das Präferenzsystem für landwirtschaftliche Produkte so gestalten lassen, daß es die deutsche Landwirtschaft im wesentlichen nicht schädigen würde.

Demgegenüber würde für die Industrie und den Handel Deutschlands sowie der beiden anderen Partner dieses große Gebiet einen großen Gewinn und die Gewißheit der Prosperität sowie weiteren Entwicklung bedeuten.

So sollte etwa, wenn ich mich nicht irre, das Bild des wirtschaftlichen Mitteleuropa sein, wenn es sich nach dem vorgeschlagenen Plane Deutschlands in den nächsten Jahren verwirklichen sollte.

VI. KRITIK DES DEUTSCHEN PLANES DER SOG. ZOLLUNION

Wie sollen wir nun diesen ganzen so skizzierten und in seine Konsequenzen durchdachten Plan vor allem von unserem und sodann vom europäischen Standpunkte betrachten? Ich schicke sofort voraus, daß es naiv wäre zu erwarten, daß die Regierungen, Parlamente, Minister, Politiker und die öffentliche Meinung sich nur einen Augenblick davon überzeugen lassen können, daß dies alles nur eine „*Wirtschaftsfrage*“ ist. Es wäre gar nicht seriös, von uns zu verlangen, daß wir dies nur „wirtschaftlich“ prüfen. Ein Professor der Volkswirtschaft als reiner Fachmann, der isoliert in seinem Arbeitszimmer sitzt, ein Bankier oder Unternehmer, welcher bewußt und absichtlich behauptet, daß er kein politisches Interesse hat und haben will, kann sich auf diesen Standpunkt stellen.

Die Regierung aber, das Parlament, ein Minister und Abgeordneter würde seiner Aufgabe untreu werden und würde seine Pflicht vernachlässigen, wenn er jemandem beweisen wollte, daß dies eine wirtschaftliche und nicht eine politische Sache sei. Meine geehrten Herren, es gab seit Unterfertigung der Friedensverträge keine politischere Angelegenheit, als es die heutige Wirtschaftskrise ist, und der Plan der Zollunion ist ein Teil jener großen politischen Aktion, die sich mit den Folgen

der Weltwirtschaftskrise beschäftigt. Ich hoffe, daß wir wenigstens bei uns dieses Argument nicht mehr begegnen werden, aber ich hoffe auch, daß wir ihm auch in den internationalen Diskussionen zwischen den Regierungen und namentlich auch nicht in Genf mehr begegnen werden. Es gibt doch keine Politik ohne Wirtschaftsinteressen und Folgen und es gibt kein Wirtschaften ohne politische Interessen und Folgen. Jedes größere Wirtschaftsproblem hat seine politische Seite. Einmal tritt die politische, ein andermal die wirtschaftliche Seite mehr hervor, je nachdem, worum es sich augenblicklich handelt. Dies gilt überhaupt von dem ganzen großen Probleme der Rekonstruktion und Reorganisation Europas. So ist dem auch in diesem konkreten Falle.

Das aufgeworfene Problem kann also nicht in Teile zerlegt werden: es ist gleichzeitig ein wirtschaftliches, ein politisches und internationalrechtliches und bildet ein unteilbares Ganzes. Deshalb glaube ich auch, daß man in Genf zwar die Frage vorlegen und prüfen kann, ob dieser oder jener Text die Verpflichtungen der Friedensverträge verletzt, daß aber einfach nicht verhindert werden kann — und daß es überhaupt für niemanden wünschenswert ist — daß das ganze Problem in seinem ganzen Umfange nicht durchgesprochen und auch in seiner Gänze gelöst werde. Es würde dies nur einen Aufschub und eine Zuspitzung jener Stritte bedeuten, welche sich daraufhin zu

einem großen internationalen Konflikt entwickeln würden. Daran hat niemand von uns, auch Genf nicht, Interesse.

Ich will also die ganze Frage einerseits vom wirtschaftlichen Standpunkte, andererseits vom politischen Standpunkte durchgehen. Und auch die rechtliche Seite werde ich mit einigen Worten erwähnen.

a) *Unsere wirtschaftlichen Gründe gegen den Plan.*

Wirtschaftlich erachte ich den ganzen deutschen Plan aus folgenden Gründen einfach für unrealisierbar:

1. Der schwächste Punkt des ganzen Planes beruht darin, daß hier Deutschland eine sog. Zollunion, wie Herr Minister Curtius selbst sagt, eine Zollunion sui generis vorschlägt. In sachlicher Beziehung handelt es sich hier überhaupt nicht um eine Zollunion, weil dieser Plan Zwischenzölle beibehält, ja sogar das System der Zwischenzölle eine der Bedingungen der Verwirklichung des Planes ist.

Das bedeutet, daß kein dritter Staat dies als Zollunion anerkennen muß, die Meistbegünstigungsklausel wird daher sowohl Deutschland, als auch Österreich gegenüber weiterhin geltend gemacht und das ganze System wird ad absurdum geführt, sobald einer der wirtschaftlich wichtigen Staaten einfach auf Grund der Meistbegünsti-

gungsklausel ohne irgendeine Gegenkonzession alle Begünstigungen in Deutschland verlangen wird, welche dieses Österreich einräumt, und alle Begünstigungen in Österreich, welche dieses Deutschland gewährt.

Dies ist z. B. der Fall Frankreichs, der Fall Italiens und unser Fall. Frankreich hat bereits mitgeteilt, daß es für den Fall des Versuches der Verwirklichung des Planes auf die Meistbegünstigungsklausel nicht verzichten werde. Dasselbe würde gewiß auch unsere Regierung verlangen. Praktisch würde dies vorerst den Kampf um die Meistbegünstigungsklausel im Wirtschaftsleben Europas und davon ausgehend dann unausweichlich eine neue Periode des direkten Wirtschaftskrieges in Europa mit sich bringen.

Das ganze europäische Handels- und Wirtschaftssystem ist auf dem Grundsatz der Meistbegünstigungsklausel aufgebaut. Eine deutsch-österreichische Zollunion, welche innere Zölle beibehält, verletzt diese Klausel; die Beseitigung der Klausel würde heute ein allgemeines Chaos in Europa und den Handelskrieg aller gegen alle hervorrufen. Ebenso ist die „Zollunion sui generis“ nach dem deutschen Muster ein Versuch, dessen Verwirklichung auf einem so großen Gebiete den Kampf um die Meistbegünstigungsklausel, deren Fallen und daraufhin ganz gewiß den Zusammenbruch des heutigen Handelssystems in Europa zur Folge haben würde. Alle großen Staaten oder

Blocks müßten dasselbe machen, die Meistbegünstigungsklausel aufheben, sie würden sich Streitbar einander gegenüber stellen — und der Kampf würde beginnen. Die Zollunion nach dem deutschen Plane würde eine gesamteuropäische Lösung unmöglich machen und würde notwendigerweise Blocks von Staaten schaffen, die sich gegenseitig wirtschaftlich bekämpfen. Der Plan der sog. Zollunion wäre nicht der Anfang einer europäischen Kollaboration, sondern der Anfang heftiger wirtschaftlicher Kämpfe aller gegen alle. Schon aus diesem einzigen Grunde allein glaube ich, daß der Plan sich nicht verwirklichen wird. Auch kleinere Zollunionen lassen sich nicht ohne *vorhergehende* Einigung aller Interessenten, oder wenigstens aller *wichtigen* Interessenten durchführen. Diese wichtigen Interessenten sind im gegebenen Falle in Europa: Deutschland, Frankreich, Italien, England, die Kleine Entente und Polen. Die Interessen aller anderen lassen sich in den Rahmen der Interessen dieser sechs Staaten oder Staatengruppen einreihen. Deshalb läßt sich keine europäische Vereinbarung ohne Zustimmung und Mitwirkung dieser Faktoren durchführen. Die Geschichte der letzten Dezennien zeigt, daß die ständige Praxis und internationale Jurisprudenz die Zustimmung aller Interessenten zu der Einführung der Zollunion erheischt. Deshalb ist auch die Tschechoslowakei bei allen ihren Bestrebungen so vorsichtig und korrekt vorgegangen.

2. Der zweite große Wirtschaftsgrund gegen den angeführten Plan beruht darin, daß dies kein Plan für die Beseitigung oder Herabsetzung der Zölle ist, sondern daß seine notwendige Folge eine in einem bestimmten Sinne vorgenommene Erhöhung der Zölle und dadurch eine Verstärkung des Wirtschaftskampfes sein würde. Wenn die Zollunion zwischen Deutschland und Österreich verwirklicht werden würde, so würde dies eine Erhöhung der landwirtschaftlichen und Industriezölle Österreichs auf das Niveau Deutschlands bedeuten. Wenn die Tschechoslovakei beitreten würde, so würde dies dasselbe bedeuten. In seinen Konsequenzen würde dies dann nur noch eine größere Abhängigkeit der landwirtschaftlichen Staaten Mitteleuropas von diesem Industrieblocke bedeuten als bisher.

3. Die dritte große Folge für die europäische Wirtschaft wäre die Beherrschung des ganzen Gebietes der sog. Union durch die deutsch-österreichische (event. auch tschechoslovakische) Industrieproduktion und die vollständige Ausschließung der Produktion der anderen Staaten. Vielleicht würde dies unseren Industrieinteressen vorübergehend in mancher Richtung zum Vorteile reichen, es würde dies aber gleichzeitig, wie ich bereits gesagt habe, die weitere Bildung von Blocks und eine Verstärkung des Wirtschaftskampfes zwischen den großen europäischen Gruppen bedeu-

ten: England, Rußland, Westeuropa, das neue Mitteleuropa und auch Nordamerika.

Ich frage mich vor allem, wer ein Interesse daran hat, diesen Kampf gemeinsam hervorzurufen, und ich frage mich, wohin dieser Kampf führen würde. Fragen Sie jeden Wirtschaftspraktiker und der wird Ihnen antworten: Vor allem zu einem ungestümen Versuche der Überwindung der Konkurrenz, zu einer weiteren ungeheueren Rationalisierung, zur weiteren Gründung neuer Industrien und zum angestregten Bemühen um die völlige Selbstgenügsamkeit jener Blocks in jeder Richtung, zu einer beständig größeren Abschließung vor dem Einflusse der anderen Blocks, zu einer unerträglichen Spannung und schließlich zum direkten Kampf; daß es zu Konflikten und zur politischen Spannung führen würde, versteht sich von selbst. Mit Recht spricht man im Völkerbunde gegen die Schaffung politischer Vorkriegsblocks. Sollen wir in dieser, in gewissem Sinne noch gefährlicheren Form auf sie zurückgreifen?

Ich weiß, daß die europäische Wirtschaftsführung mit natürlichen Kräften auf die Schaffung großer Wirtschaftskomplexe hinarbeitet. Dieser Entwicklung wird sich niemand erwehren und ich selbst bin für die Unterstützung dieser Tendenzen. Ich bin gegen eine nicht organisch vorbereitete Entwicklung und bin gegen Experimente, welche politisch so gefährlich sind. Damit man mich verstehe: Ich sage nicht, daß die verantwortlichen

Regierungen dieser oder jener Staaen dies wollen und daß sie bewußt auf diese Konsequenzen hinarbeiten. Sicher zweifelt niemand daran, daß keine der beteiligten Regierungen dies nicht wünscht und nicht gewünscht hat. Ich zeige nur auf, wohin nolens volens der so betretene Weg in seinen Konsequenzen notwendigerweise führen würde. Jedes sog. Regionalübereinkommen in dem heutigen Nachkriegseuropa, welches durch *eine einzige Großmacht* geleitet werden würde, würde notwendigerweise zu den schärfsten Konflikten führen. Sog. Regionalabkommen wären eventuell nur zwischen kleineren Staaten möglich, damit sie als ein den Großmächten gleichwertigerer Faktor mit ihnen allen ein paneuropäisches Übereinkommen, das für alle annehmbar wäre, treffen könnten. So stelle ich mir die Verwirklichung der natürlichen Tendenz der heutigen Wirtschaftsentwicklung auf die Schaffung großer Wirtschaftskomplexe vor.

Die angeführten drei *Wirtschaftsgründe* gelten auch für die Tschechoslowakei und führen sie dazu, für ihre Person diesen Plan abzulehnen.

a) Wir können nicht einer Kombination der sog. „Zollunion sui generis“ beitreten, *wo wir uns dem wirtschaftlichen Kampfe der Staaten aussetzen würden*, welche auf die Meistbegünstigungsklausel nicht verzichten. Diesen Kampf würde unser Staat auch im Vereine mit Deutschland nicht aushalten. Außerdem ist es nicht im Interesse der tschechoslovakischen Volkswirtschaft, welche ein so großes

Interesse am Exporte in die ganze Welt hat, gelegen, daß die Welt heute das Prinzip der Meistbegünstigungen in der Handelspolitik verlasse, welche Folge unerläßlich eintreten würde, wenn dieser Plan triumphieren würde. Was wir in diesem Blocke gewinnen würden, würden wir um ein Vielfaches in der übrigen Welt verlieren. Im Blocke würden einige Industriezweige gewinnen, das Ganze würde wirtschaftlich unverhältnismäßig mehr verlieren.

b) Wir können aus Gründen der Politik nicht ein inneres und ausländisches System annehmen, das die Struktur unseres Wirtschaftslebens umwandeln würde. Es würde vor allem den Schutz der Landwirtschaft in einem für uns als nationales und staatliches Ganze ungesunden Maße erhöhen. Die Tschechoslovakei gehört zu den Staaten, wo sich der Schutz der Landwirtschaft im ganzen auf einem mittleren Niveau bewegt. Deutschland ist auf dem höchsten Niveau und Österreich geht daran, nunmehr darauf überzugehen. Ich fürchte, daß dies für Österreich eine Steigerung der Teuerung, neue Arbeitslosigkeit, neue Unzufriedenheit der städtischen und Arbeiterschichten, neue soziale Schwierigkeiten bedeuten wird. Unser Wirtschaftsleben war nach dem Kriege aus dem Grunde so gesund, weil wir eine niedrige Währungseinheit, ein verhältnismäßig niedriges Lebensniveau als in den anderen Industriestaaten (wobei dieses Niveau im ganzen günstig und annehmbar ist),

weil wir ein durchschnittliches Preisniveau gehabt haben, d. h. es war bei uns nicht allzu teuer. Dies alles wäre in der neuen Kombination bedroht und würde sich rapid ändern. Daraus würden heftige innere Kämpfe, und dies außerdem bei einem eventuellen weiteren schweren Wirtschaftskampfe mit dem Auslande entstehen. In solche Abenteuer lassen wir uns nicht ein.

c) Wir erachten es nicht für richtig eine Politik zu machen, welche zur Schaffung großer Wirtschaftsblocks führen würde, die durch das Wesen der Sache in einen wirtschaftlichen und letzten Endes auch politischen Kampf getrieben würden. Wir wollen eine Politik der Stabilisierung und dann eine systematische Herabsetzung der Zölle in allen europäischen Staaten und auf dieser Grundlage weiter die Schaffung einer europäischen Wirtschaftseinheit. Deshalb waren und sind wir für die bekannte Zollfriedensvorlage — auch wenn jeder unvoreingenommene Mensch ein gewisses Zögern unserer Agrarkreise bei einer Vergleichung z. B. unseres Weizenzolles in der Höhe von 55 K \check{c} und des deutschen Zolles in der Höhe von 200 K \check{c} begriffen hat. Trotzdem haben wir uns dazu entschlossen und haben es angenommen.

Die Politik Deutschlands hat zuerst die Zölle auf landwirtschaftliche Produkte auf das höchste Maß in Europa überhaupt erhöht und dann erst sich für den Zollfrieden erklärt. Österreich hat lediglich erklärt, daß es der Konvention nicht

werde beitreten können und nunmehr kommt der Plan der Zollunion, der Österreich die Möglichkeit gibt, seine Zölle den deutschen Zöllen anzugleichen. Wir waren für den Zollfrieden, weil wir einen weiteren Wettlauf in der Erhöhung der Zölle in Europa als Selbstmord, als Führung eines wahrhaften Wirtschaftskrieges ansehen, und der Plan der sog. deutsch-österreichischen Zollunion würde diese Entwicklung noch weiter kräftigen.

Die Tschechoslovakei erachtet diese Wirtschaftspolitik für nicht richtig und ist daher aus *wirtschaftlichen* Gründen gegen diesen Plan.

b) *Unsere politischen Gründe gegen den Plan der Zollunion.*

Ebenso gewichtig sind unsere politischen Gründe gegen den vorbereiteten Plan.

Die Tschechoslovakei kann der deutsch-österreichischen Zollunion aus zwei wesentlichen politischen Gründen nicht beitreten:

- a) aus rein staatlichen und national-tschechoslovakischen Gründen,
- b) aus Gründen seiner Politik der paneuropäischen Kooperation.

a) Politisch würde die Tschechoslovakei in einem 70 Millionenblock fast jede politische Bedeutung verlieren. Außerdem wäre es in einigen Jahren wirtschaftlich mit Wien und Berlin so verknüpft, daß es überhaupt seine ganze politische

Bewegungsfreiheit verlieren würde. Kein vernünftiger Mensch kann dies von einem selbstbewußten Tschechoslovaken verlangen. Alle Versicherungen über die Wahrung der Unabhängigkeit können niemanden, der es verstanden hat, etwas aus unserer und der fremden Geschichte und namentlich aus der Geschichte des deutschen Zollvereines zu lernen, überzeugen.

Ich sage dies nicht aus Abneigung gegen die Deutschen. Ich wiederhole, was ich bereits früher oft gesagt habe: ich achte Deutschland und die Deutschen, sowie ihre hohe Kultur, ihre Arbeit, Kraft und Arbeitsamkeit, wir haben aber während des Weltkrieges gelernt, daß die Organisation Europas, so wie wir sie uns alle wünschen, nicht durch die Vorkriegspräponderanz eines großen Staates verwirklicht werden kann, welche Präponderanz zu den großen politischen Blocks und zum Kriege geführt hat. Ich imputiere heute niemandem böse Absichten. Die heutigen Politiker Deutschlands können uns aber bei bestem Willen keine Garantie für die künftigen Politiker geben. Als tschechoslovakischer Minister habe ich die Pflicht, daran zu denken, und die noch größere Pflicht, darauf aufmerksam zu machen.

b) Die Tschechoslovakei kann in Durchführung einer konsequenten, durch paneuropäische Interessen inspirierten Politik und in der Überzeugung, daß nur eine paneuropäische, im Geiste des Völkerbundes geführte Politik sich mit ihren eigenen In-

teressen deckt, keiner Kombination beitreten, welche nicht in Genf oder wenigstens im Einvernehmen mit den wichtigsten und den Hauptinteressenten vereinbart wäre. Ich habe immer die Notwendigkeit eines wirtschaftlichen Übereinkommens der kleinen mitteleuropäischen Staaten vertreten, welche dieses Übereinkommen jedoch mit Übereinstimmung mit Berlin und Paris und ferner allerdings auch mit Italien durchführen würden. Ich wiederholte, daß meiner Ansicht nach ohne Einigung zwischen Berlin und Paris in Europa kein Frieden sein wird. Und die Tschechoslowakei kann an keiner Kombination teilnehmen, welche diesen Frieden hinausschieben würde. Für uns ist unser Vorgehen einfach durch die Geschichte, die wirtschaftlichen, die politischen Verhältnisse und gleichzeitig durch die politische Situation Europas gegeben.

c) Schließlich habe ich einen dritten politischen Grund, aus welchem wir den Beitritt zum Plane der Union ablehnen, und an den man bei uns und anderwärts am wenigsten denkt. Die Tschechoslowakei hat *einfach vom Standpunkte ihrer internationalen Verpflichtungen kein Recht, an einer solchen Kombination teilzunehmen*. Die Tschechoslowakei hat den Frieden von Versailles, den Frieden von St.-Germain und das Genfer Protokoll v. J. 1922 unterschrieben und auch sie ist verhalten, die politische und wirtschaftliche Selbständigkeit Österreichs zu respektieren.

gegen „Anschluss“-Kläne u. a. w.
gehandelt seit v. E. 1922 v. CSR
gehandelt

Die Tschechoslowakei hält ihre internationalen Verpflichtungen ein und wird sie einhalten. Sie erachtet den aufgeworfenen Plan als eine Verletzung dieser Verpflichtungen und hat deshalb überhaupt weder einen sittlichen, noch einen rechtlichen Grund, sich an dem Plane zu beteiligen.

VII. DIE UNMÖGLICHKEIT EINER EN- GEREN DEUTSCH-ÖSTERREICHISCHEN UNION

Wenn sich also die Tschechoslovakei sowohl aus wirtschaftlichen, wie aus politischen Gründen an dem Plane nicht beteiligen kann, verbleibt nur eine einzige Möglichkeit, an welche die Initiatoren des Planes denken konnten oder können: ein beschränkter Plan einer bloß deutsch-österreichischen Union.

Wir sind gegen diesen Plan, ebenso wie gegen den großen Plan aus folgenden politischen und wirtschaftlichen Gründen:

1. Der Plan der sog. Zoll-Union wäre eine Vorbereitung für den politischen „Anschluß“ Österreichs. Es wurde hier schon viel über diese Frage gesprochen, ich werde mich also nicht nochmals über unseren Standpunkt verbreiten. Die Tschechoslovakei respektiert einfach in dieser Hinsicht die Verpflichtungen, die sie unterschrieben hat. In dem Plan der deutsch-österreichischen Union betonen beide Staaten, daß sie die politische Unabhängigkeit voll wahren und respektieren wollen. Trotzdem würde jedoch diese Erklärung nichts an der Tatsache ändern, daß ein ernster Politiker über die Folgen der Union in politischer Hinsicht überhaupt nicht im Zweifel sein wird; die Einführung der Wirtschaftseinheit ist ein so starker politischer

Faktor, daß die politische Einheit dann in den Konsequenzen automatisch von selbst kommen wird. Wenn es überhaupt jemals zum Anschluß kommen sollte, müßte dies gemäß den unterschriebenen Verpflichtungen geschehen, d. h. nach einer Entscheidung des Völkerbundes und nicht so, indirekt, auf einem Umwege.

2. Mein zweiter politischer Grund ist wieder allgemeiner, europäischer Natur. Die Verwirklichung dieser Union — und in den Konsequenzen die politische Einheit beider Staaten, auch wenn vorläufig formell die Unabhängigkeit der beiden aufrechterhalten würde — würde fatal zur Bildung *neuer* politischer und wirtschaftlicher Blocks in Europa führen. Die deutsch-österreichische Zoll-Union und der politische Anschluß würde einfach automatisch die kleineren östlichen und südöstlichen Staaten in einen noch weit engeren Block zusammenschließen und Europa würde sich einfach automatisch noch mehr in zwei politisch und wirtschaftlich anders orientierte Lager teilen; anstatt einer Vereinheitlichung Europas hätten wir seine weitere Teilung in feindliche Lager. Wir würden zu den Vorkriegsmethoden zurückkehren, die durch den Krieg verurteilt und wie wir hoffen, unmöglich gemacht worden sind.

Diejenigen in der Tschechoslovakei, die für die Tschechoslovakei eine Isolierung als Folge der Zoll-Union befürchten, können ruhig sein. Wir wären in keiner Weise isoliert. Es würde zu anderen,

neuen Kombinationen und damit wiederum zu neuen Formen der Kooperation kommen. Es kommt nicht darauf an, ob es diese oder jene Regierung wollen würde. Durch die Entwicklung würde sie einfach mitgerissen. Aber es wäre dies eine Entwicklung zurück vom vereinheitlichten Europa, nach dem unsere Politik strebt und nach dem jeder gute Europäer streben muß. Daher, auch wenn wir diese Entwicklung keineswegs befürchten, wünschen wir sie nicht. Unsere Bestrebungen zielten immer darauf ab, daß die gegenwärtigen politischen Konstellationen vorübergehend seien, daß sie allmählich jede Schärfe gegenüber den Nachbarn verlieren und mit ihnen dann im Genfer Milieu die volle Einheit des konsolidierten Europas im Geiste der Briandschen Pläne herbeiführen. Wir glauben, daß wir zu diesem vereinheitlichten Europa in jedem Falle gelangen werden; aber der Weg der deutsch-österreichischen Zoll-Union und der neben ihr und gegen sie geschaffenen neuen politisch-wirtschaftlichen Blocks bedeutet, die Vereinheitlichung Europas vielleicht erst nach neuen Konflikten zu erzielen.

Aus diesen politischen Gründen und namentlich wegen der möglichen Folgen, die ich hier andeute, halte ich den Plan der Zollunion überhaupt nicht für durchführbar. Ich glaube einfach nicht, daß es in Europa eine Regierung geben könnte, die gegenüber diesen möglichen Folgen nicht ihre Bedenken hätte.

Man pflegt mir übermäßigen Optimismus vorzuwerfen. Was ich anführe, ist kein Pessimismus. Es ist dies nur die Warnung vor Fehlern, die wir vielleicht alle gemeinsam begehen könnten, wenn wir nicht aufrichtig vor dem internationalen Forum sagen würden, wie der tatsächliche Stand der Dinge in Europa ist.

3. Für die Tschechoslovakei habe ich weiters gegen eine engere deutsch-österreichische Zollunion einen Grund, der alle Tschechoslovaken ohne Unterschied der Partei und Nationalität in eine Reihe stellen muß: Von dem Augenblick, wo unsere Teilnahme ausgeschlossen ist, müssen wir von der Verwirklichung dieses Planes nicht nur politisch, sondern vor allem *wirtschaftlich* große Schäden erwarten. Die deutsch-österreichische Zollunion hätte zur Folge, daß ein Teil unseres Exportes nach Deutschland durch österreichische Waren ersetzt würde, aber hauptsächlich würde der größte Teil unseres Exportes nach Österreich durch deutsche Waren ersetzt werden. Unsere gesamte Warenausfuhr betrug im Jahre 1930:

nach Österreich	2.443,000.000 Kč
nach Deutschland	2.970,000.000 Kč

von unserer Gesamtausfuhr per 17 Milliarden 495,000.000 Kč oder etwas mehr als 31% unserer Gesamtausfuhr.

Unser Export nach Österreich würde durch die Zollunion sehr stark tangiert werden. Die *Zucker-*

ausfuhr würde bedeutend betroffen, aber die Textilien fast bis zu zwei Dritteln der bisherigen Ausfuhr, ganz abgesehen von der Ausfuhr von Papier, Glas, Porzellan, Kohle, Maschinen usw. Auch ein Sinken des Reexports würde sich in sehr bedeutendem Maße einstellen. Unsere Sachverständigen berechnen, daß durch die Zollunion unser Export nach Österreich gleich zu Beginn auf die Hälfte und im Verlaufe der Jahre noch weiter sinken würde. Ich bemerke, daß aus der Aufzählung der betroffenen Fachgebiete ersichtlich ist, daß die Produktion und das Kapital vor allem unserer deutschen Landsleute betroffen würde. Wenn ich mich gegen die deutsch-österreichische Zollunion stelle, so verteidige ich vor allem die wirtschaftliche Prosperität unserer deutschen Landsleute. Wie überhaupt alles, was ich hier sage, nur im Interesse des ganzen Staates, im Interesse unser aller ohne Unterschied der Parteien und der Nationalität angeführt erscheint.

Sollen wir unter diesen Umständen zu dem Plane der Zollunion schweigen, der wir aus den angeführten Gründen nicht beitreten können und dürfen? Man muß weiter erwägen, daß wir durch die Verbindung dieser beiden Länder bezüglich unseres Zutrittes zum Meere in eine Abhängigkeit geraten, und zum zweiten sind wir in jedem Konflikt bezüglich unseres Exports auf den Transit über dieses Gebiet fast nach der ganzen Welt angewiesen. Auf

dem Wege der einfachen Administrative, weiters durch eine gut berechnete Tarifpolitik können diese beiden vereinigten Staaten unserem Export beim Transit über ihr Gebiet geradezu blutige Wunden schlagen.

Unter solchen Umständen hat die Tschechoslowakei das Recht, die Prüfung nicht bloß der juristischen Texte, sondern des ganzen Komplexes dieser Frage zu fordern, denn es handelt sich hier nicht bloß um unseren Staat, sondern ebenso auch um die übrigen Staaten und um Europa.

4. Ich habe bereits gesagt, daß man alle Eventualitäten erwägen muß und habe angedeutet, welches die politische Konsequenz der Verwirklichung der Zollunion nach dem deutschen Plan wäre. Erwägen wir also, was geschehen würde, wenn es trotz des Widerstandes eines bedeutenden Teiles von Europa zur deutsch-österreichischen Zollunion käme. Die Bedrohung unserer wirtschaftlichen Existenz und der wirtschaftliche Druck Deutschlands auf die östlichen Staaten würde diese auch zu einer wirtschaftlichen Einheit nötigen. Für uns würde dies einfach bedeuten, uns wirtschaftlich umzuorientieren. Auch dies müßten wir den Mut haben durchzuführen. Aus den angeführten Gründen würde unser Export nach Österreich und Deutschland sinken, aber freilich ebenso der Export aus Österreich und

Deutschland zu uns. In einigen Jahren würde der bisherige Prozentsatz der Aus- und Einfuhr zwischen uns, der annähernd ein Drittel unseres Exports und Imports erreicht, auf einige 20%, wenn nicht weniger herabsinken. Dies würde die Emanzipation von der deutsch-österreichischen Wirtschaft bedeuten und wir müßten uns anderswohin wenden, namentlich nach Osten und nach Süden. Es wäre dies ein schmerzhafter Prozeß, der jedoch nicht bloß seine Nachteile hätte, sondern uns auch manche großen und unzweifelhaften Vorteile brächte.

Wir sind auf alle Eventualitäten vorbereitet, wir haben alles durchdacht, wir wissen, was wir wollen, wir haben unsere Linie und werden unsere Politik sachlich, ruhig, aber entschieden und konsequent verteidigen. Wir haben keinen Grund, alarmiert zu sein, im Gegenteil: Ich glaube, daß gerade die gegenwärtige Krise erst Deutschland, Österreich, uns und dem ganzen übrigen Europa zeigen wird, was man in diesen Dingen tun kann und was man nicht tun kann und wie die europäische Wirtschaftskrise gelöst werden soll. So wird es schließlich möglich sein, diesen ganzen Konflikt und die Erregung Europas zum Guten zu wenden, was ich tatsächlich ohne alle Prestigeerwägungen vom Herzen wünsche. Es wird wenigstens Deutschland die Genugtuung

oder das Verdienst haben, daß Europa sich seiner Pflicht in der Arbeit für alle Völker und für den Frieden bewußt geworden ist.

5. Zu all diesen Gründen, derentwegen wir gegen den Plan der sogenannten Zollunion sind, habe ich das Recht, einige Bemerkungen über Österreich hinzuzufügen, auch wenn es nicht meine Aufgabe ist, mich um dessen Politik zu kümmern, auch wenn ich weit davon entfernt bin irgendjemandem Ratschläge zu erteilen oder mich in dessen eigene Angelegenheiten zu mischen. Diese Frage ist heute zu einem eminent internationalen Problem geworden und die oben angeführten Gründe der Verteidigung der Wiener Regierung zwingen mich geradezu einige Worte hiezu zu sagen.

Der Plan der Zollunion, der notwendig bloß auf die beiden Staaten beschränkt bliebe, wird wirtschaftlich auch ihnen nicht helfen, aber dafür vor allem die Tschechoslovakei und zweitens Italien, Polen und die Schweiz, in einem gewissen Maße auch Frankreich und England schädigen. Ich werde noch im weiteren darauf zu sprechen kommen und beweisen, daß die europäische Krise ihre weit tieferen Ursachen hat, als daß sie sich durch ähnliche Pläne wie dieser hier lösen ließe, der niemandem nützen und manche schädigen würde.

Für Österreich selbst hätte der Plan der Zollunion nach Meinung unserer Sachverstän-

digen neben kleineren Vorteilen sehr schwierige wirtschaftliche Folgen. Bevor noch die sogenannte „Angleichung“ der beiden Länder eintreten würde, käme es zum Ruin einer Reihe österreichischer Industrien. Unsere Fachleute berechnen, daß die Zollunion etwa 40% der österreichischen Industrie lähmen würde und weitere 30% vollständig unter deutsche Vormundschaft und Leitung übergehen würden. Dies würde auch die Einführung von Zwischenzöllen nicht verhindern, welche in einigen Zweigen nur ein allmähliches Absterben, wenn nicht einen plötzlichen tödlichen Schlag bedeuten würde. Betroffen würde die Metall- und Maschinenindustrie, beinahe vernichtet würde die chemische und elektrische Industrie, weiters würde empfindlich betroffen die Gummi-, Automobil-, Brauerei- und Zuckerindustrie und ein Teil der Textilindustrie.

Durch das Inslebentreten der österreichisch-deutschen Zollunion würde also für Österreich eine ganze Reihe schwerer Strukturstörungen entstehen.

Es würde eine Steigerung der Teuerung, der Produktionskosten (Löhne), ein allgemeines Ansteigen der Preise eintreten; Österreich würde damit einen großen Teil seiner auswärtigen Absatzmärkte zugunsten der deutschen Produktion verlieren, da es als Konkurrent auf den Exportmärkten ausfallen würde.

In der Landwirtschaft würde zwar die Produktion der inländischen landwirtschaftlichen Produkte durch Erweiterung des deutschen Zollschatzes gewinnen, die daraus fließenden Vorteile würden jedoch bald paralysiert werden durch das bereits angeführte allgemeine Ansteigen der Preise. Dafür würde die tierische Produktion bedeutend geschädigt.

In der industriellen Erzeugung würde die Vereinigung für gewisse Produktionszweige Vorteile bedeuten, für die Mehrzahl jedoch bedeutende Schwierigkeiten, resp. den Ruin überhaupt. Starke Reperkussionen würde der Arbeitsmarkt verspüren, wobei die Arbeitslosigkeit größeren Umfang annehmen würde. Das österreichische Bankwesen würde sehr an seiner Grundlage verlieren und in die völlige Abhängigkeit von Berlin geraten. Österreich würde ebenso wie im Jahre 1918 einen zweiten wirtschaftlichen Umsturz erleben, verbunden mit bedeutenden Kapitalsverlusten.

Die kommerzielle Bedeutung Österreichs und namentlich auch Wiens würde bedeutend leiden. Die österreichische Handels- und Zahlungsbilanz würde sich sehr verschlechtern.

Die Einführung einiger Zwischenzölle sollte einige dieser Folgen paralysieren. Trotzdem würden die Hauptfolgen doch nur bleiben und sich sofort einstellen, ganz abgesehen davon,

daß die Zwischenzölle nur vorübergehend sein sollen.

Diese wirtschaftlichen und sozialen Folgen würden nach unserem Urteil für die nächste Zeit eine Erschwerung der inneren Verhältnisse, neue Arbeitslosigkeit, Krisen und Konflikte bedeuten. Ich betrachte den vorgeschlagenen Plan auch vom österreichischen Gesichtspunkte aus für verfehlt. Auf das reichsdeutsche Wirtschaftsleben hätte die Durchführung dieses Planes, wie es scheint, keinen größeren Einfluß. In mancher Hinsicht wird er nützen, in anderer hätte er bedeutende Nachteile, wie z. B. bei der Beschränkung des Warenaustausches mit der Tschechoslovakei. Im ganzen wäre das einzige Aktivum für Deutschland ein politisches Aktivum — das Bewußtsein von der Annäherung an den „Anschluß“. Dies quittieren auch einige politische Faktoren in Deutschland und Österreich offen, indem sie die *politische* Seite der Angelegenheit und nicht die wirtschaftliche *betonen*.

VIII. DIE WIRTSCHAFTLICHEN UND POLITISCHEN SCHWIERIGKEITEN DER HEUTIGEN KRISE MÜSSEN DURCH EINE ALLEUROPÄISCHE KOOPERATION GELÖST WERDEN

So erscheint mir die ganze Bilanz dieses Planes, wenn sie einer richtigen wirtschaftlichen und politischen Analyse unterworfen wird.

Aber ich habe schon an anderer Stelle gesagt und wiederhole dies neuerdings, daß es nicht genügt und nicht genügen kann, zu dem hier vorgelegten Plane einen negativen Standpunkt einzunehmen und eine wie immer entschiedene politische und wirtschaftliche Kritik durchzuführen. Die Berliner und Wiener Regierung hat recht, wenn sie verlangt, daß man an der europäischen Kooperation konstruktiv arbeiten soll und wenn sie Maßnahmen gegen die Schmerzen fordert, welche jedoch nicht nur Deutschland und Österreich betreffen, sondern uns alle und einige Staaten sogar in demselben Maße, wie Deutschland und Österreich, wenn nicht mehr.

Aber wir glauben nicht, daß sie mit solchen beschränkten oder exklusiven Operationen gelöst werden können, wie es der Plan der deutsch-österreichischen Zollunion ist, oder durch Vorbereitungen für wirtschaftliche Kampfblocks. Ich habe

hiefür genügend Gründe angeführt. Nach meinem Urteil läßt sich diese Krise nur lösen durch einen

- ja*
- a) alleuropäischen, für alle annehmbaren Plan,
 - b) mit den Hauptinteressenten vereinbarten Plan,
 - c) im Genfer Geiste und in Genf vereinbarten Plan,

auch wenn er nicht zwischen allen Mitgliedern des Völkerbundes abgemacht werden wird. Seine guten Folgen werden dann alle übrigen europäischen und sonstigen Staaten treffen.

Nach meiner Ansicht läßt sich ein solcher Plan ausarbeiten.

p. 3

Gleich nach Veröffentlichung des Planes der Zollunion ist unsere Regierung mit anderen Regierungen namentlich mit der französischen und mit den Regierungen der Kleinen Entente in Verbindung getreten und hat ihre Ansichten über die Möglichkeiten einer europäischen Lösung dieser Fragen ausgetauscht. Die französische Regierung hat bereits weitgehende Vorbereitungen getroffen und hat innerpolitische Verhandlungen eingeleitet, deren Inhalt im ganzen bereits aus der Presse bekannt ist. Es sind dies gewiß wichtige Dinge und die von der französischen Regierung vorbereiteten Pläne sind sehr wertvoll. Es wird hier mit der Mitarbeit aller bedeutenden europäischen Faktoren gerechnet und ich glaube, daß diese Arbeit Erfolg zeitigen wird. Wie aus der Presse bekannt ist, bereitet der Außenminister Briand seine eigenen An-

träge für die Lösung der wichtigsten und dringenden Dinge vor.

Bei diesem Gedankenaustausch hat unser Außenamt auch seinen Standpunkt formuliert, welcher im ganzen aus den Verhandlungen hervorgeht, an denen wir offiziell teilgenommen haben, betreffend wirtschaftliche und Handelsangelegenheiten, namentlich auch landwirtschaftliche Angelegenheiten, einerseits auf den Kongressen der Agrarstaaten, andererseits in Genf im Herbst d. J. 1930 und im Januar d. J. 1931.

Es gibt freilich keine einfache und alles lösende Formel, die die ganze Wirtschaftskrise von heute mit einem Schlage zu lösen vermöchte. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Nachkriegswelt sind so kompliziert, daß sich nicht im vorhinein alle möglichen Konsequenzen der ernstesten politischen und wirtschaftlichen Gesamtpläne berechnen lassen. Man kann auch nicht die ganze Weltkrise auf einmal und mit augenblicklichen Maßnahmen lösen. Dazu ist Zeit notwendig. Es bleibt uns also nichts anderes übrig, als das ganze Problem — soweit dies überhaupt zulässig ist — zu vereinfachen, in seine Hauptbestandteile zu teilen und die ganze Krise allmählich, in Etappen, durch Lösung der Teilprobleme, die sich schon heute lösen lassen, freilich stets mit Rücksicht auf das Ganze zu lösen.

In dieser Hinsicht würden sich die heutigen dringenden europäischen Probleme der Wirtschaftskrise wie folgt teilen lassen:

a) Es würde sich vor allem um die derzeitige Lösung der Agrarkrise handeln, u. zw. der Krise in den Agrarstaaten Südost- und Zentraleuropas, Polen, Rumänien, der Tschechoslovakei, Ungarn, Jugoslawien und Bulgarien.

b) Es würde sich weiter darum handeln, daß zu den Grundproblemen dieser Agrarkrise die wichtigsten europäischen Industriestaaten einen einheitlichen Standpunkt einnehmen. Es würde sich um folgende Staaten handeln: Deutschland, Frankreich, Italien, die Tschechoslovakei und Österreich, eventuell auch die Schweiz, und daß die erwähnten Industriestaaten einschließlich Belgiens, Hollands und Englands die ersten Versuche eines europäischen Abkommens in der Industrieproduktion machen. Ich nenne hier nur die Hauptstaaten; dies bedeutet nicht, daß die übrigen ausgeschlossen sind.

Ich erwähne hier, daß die Tschechoslovakei ein Staat ist, der durch seine einerseits agrarische, andererseits industrielle Struktur von den Folgen der Krise und ihrer Lösung in beiden Richtungen stark betroffen ist und daß sie daher notwendig je nach den Umständen in beide Gruppen hineinfällt. Ich bemerke weiters, daß sich an einem alleuropäischen Abkommen naturgemäß auch die Nichtmitglieder des Völkerbundes, vor allem Sowjetrußland, beteiligen müssen. Wann und in welcher Form es sich an dieser Mitarbeit beteiligen soll, ist vor allem eine Frage des geeigneten Augenblicks.

Schließlich möchte ich betonen, daß wir uns in diesen Erwägungen, auch wenn in den Details Verschiedenheiten sein können, im wesentlichen, namentlich in landwirtschaftlichen Dingen den Anschauungen nähern, welche im ganzen die uns nahestehenden Regierungen teilen, welche Minister Marinković im Jänner 1931 im Europakomitee in Genf entwickelt, in der gleichen Weise Minister Titulescu betont, bei seinem letzten Besuch in Prag Herr Minister Demetrović mit uns in dem gleichen Sinne durchbesprochen hat und welche auch den heutigen Plänen des Ministers Briand nahekommen, der hier die Initiative ergriffen hat und in Genf diese Dinge wohl präzisieren und eine konsequente Fortsetzung dieser Arbeit verlangen wird. Im übrigen hat der letzte vom Internationalen Agrarinstitut veranstaltete Kongreß in Rom diese Anschauungen sich auch zu eigen gemacht.

a) *Die Lösung der Agrarkrise.*

Die Frage der Lösung der Agrarkrise durch ein alleuropäisches Abkommen, kann man gut beleuchten, wenn man die Frage des Weizens und Weizenmehles überprüft und beweist, wie sich dieses Problem verhältnismäßig leicht durch gemeinschaftliche Bemühungen lösen ließe. Da muß man die Verdienste der Agrarstaaten anerkennen, welche diese Fragen studiert haben und intensiv sich um ihre Lösung kümmern. Die Bukarester

und namentlich die Warschauer Konferenz haben da gute Arbeit geleistet. Auch die systematische Arbeit des Internationalen Agrarinstituts in Rom, welches auch für die richtige Beurteilung der jetzigen Agrarkrise eine große Arbeit geleistet hat, hat gute Ergebnisse gezeigt. Die polnische, rumänische und jugoslawische Regierung haben sich da zweifellose Verdienste erworben.

Die Einfuhr von Weizen und Kukuruz aus den Überseeländern nach Europa erreicht bedeutende Mengen. So z. B. wird eingeführt (in Waggonen):

nach	Weizen	Kukuruz
Deutschland	205.000	61.500
Italien	166.800	69.200
Frankreich	141.100	81.400
Schweiz	42.450	10.600
Österreich	6.300	5.000
Tschechoslovakei	5.850	9.870

Demgegenüber sind die Exportüberschüsse der Donauländer nicht so groß: sie betragen 115.000 Waggonen Weizen und Mehl. Davon kaufen:

Tschechoslovakei	27.000	Waggonen
Österreich	29.000	„
Italien	9.721	„
Deutschland	3.000	„
Frankreich	1.870	„
Polen	1.680	„
	<hr/>	
	72.271	Waggonen

Wenn man diese Ziffern erwägt, wäre es möglich, bei guter Organisation diese Überschüsse aus den mitteleuropäischen Ländern unterzubringen, ohne den Überseeländern zu schaden. Es müßten dies freilich die großen Industrieländer sein (Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, die Schweiz), welche diese Überschüsse verbrauchen könnten, da Österreich und die Tschechoslovakei die Überseeprodukte nicht ersetzen können (wie die Statistiken beweisen) und schon sehr große Mengen gerade aus den mitteleuropäischen Ländern kaufen.

Es verbleibt, etwa 43.000 Waggon Weizen und Mehl ungemahlen jährlich zu verteilen. Die gleichen Statistiken, wie ich sie über Weizen, Mehl und Kukuruz habe, können über Gerste, Hafer, Korn usw. aufgestellt und eine Lösung in demselben Sinne angedeutet werden. Sie würden fast die gleichen Ergebnisse bieten. Weizen und Kukuruz ist der wichtigste und typischste Fall. Was Gerste betrifft, sind Rumänien, Polen und die Tschechoslovakei die wichtigsten Exportländer (nach Deutschland, Italien und Österreich). Schließlich müßte man dasselbe machen bezüglich des Viehs, der Schweine und einiger Produkte wie Fett, Butter u. s. w. Ich weiß, daß hier Schwierigkeiten bestehen, aber sie sind nicht unüberwindlich. Es handelt sich vor allem um ein we-

nig guten Willen und namentlich um eine richtige und bessere Organisation als bisher.

Wenn sich also die großen europäischen Industriestaaten untereinander einigen würden,

1. daß sie diese Quantitäten untereinander aufteilen, so daß sie bestimmt von den Exportstaaten abgenommen würden,

2. daß sie für diese Quantitäten das Präferenzregime bewilligen, damit die Preise für diese Waren so günstig seien, daß der Landwirt der genannten Agrarstaaten seine Waren nicht unter dem Erzeugungspreis verkaufen würde — so wäre die Agrarkrise in ihrem Wesen gelöst. Das betrifft auch Gerste, Roggen, Kukuruz, Hafer usw.

Jeder Staat müßte freilich diese Gewährung der Präferenzzölle auf die Einfuhr der Agrarprodukte so organisieren, daß die Interessen seiner Landwirtschaft und seiner Bauern nicht geschädigt würden. Diese Organisation wäre offenbar in den einzelnen Staaten verschieden, auch wenn sie gewisse Ähnlichkeiten äußern müßte. Bei uns wäre dies wahrscheinlich ein staatliches Monopol oder ein Monopol verschiedener Gesellschaften oder schließlich ein System von Einfuhrbewilligungen, kombiniert mit der Kontingentierung der Getreideeinfuhr aus den einzelnen Agrarstaaten, mit denen wir uns über die Präferenzen einigen würden. Die Höhe der Präferenzen würde freilich

auch in den einzelnen Staaten nach den Verhältnissen des betreffenden Staates gelöst werden; einzelne glauben, daß es daneben bewegliche Präferenzen gäbe, nach den jährlichen Veränderungen der Getreidepreise und schließlich, daß es möglich wäre, ein Präferenzabkommen überhaupt erst bloß für einige Jahre abzuschließen. Das sind jedoch Einzelheiten, über die ich mich vorläufig nicht äußern will.

Die landwirtschaftliche Produkte einführenden Staaten würden sich untereinander und mit Rücksicht auf die Agrarstaaten einigen, daß sie Präferenzzölle gewähren werden, entsprechend ihren inneren Möglichkeiten, wobei sie sich jedoch untereinander verpflichten würden, dafür keine Gegenkonzessionen zu verlangen, auch weiterhin gegenüber den Agrarstaaten die Meistbegünstigungsklausel aufrecht zu erhalten und diese Klausel in voller Gleichheit untereinander in den Agrarstaaten anzuwenden.

Dies wäre im ganzen synthetisch genommen das Ergebnis aller dieser internationalen Diskussionen und Gedankenaustausche über die landwirtschaftlichen Probleme auf den einzelnen Kongressen und in Genf, sowie des Gedankenaustausches zwischen den einzelnen Regierungen.

b) *Die Lösung der Industriekrise.*

Das Problem der Industrieproduktion ist weit komplizierter. Es würde zu weit führen, wollten wir die Ursachen der heutigen Krise in ihrem ganzen Umfange durchnehmen. Es genügt vorläufig, wenn wir betonen, daß sie zweifacher Art sind. Die einen, die eher äußere und zeitweilige sind, sich bei den Wirtschaftskrisen laufend wiederholen, also zyklisch sind, und die anderen strukturalen, die aus den dauernden Veränderungen des Wirtschaftslebens der modernen und der Nachkriegszeit und der heutigen Gesellschaft überhaupt hervorgegangen sind. Es genügt nicht nur, die äußeren Ursachen zu beseitigen, die regelmäßig nur die sogenannten Symptome der heutigen Krise erzeugen. Man muß bis an die Wurzel gehen und die Wege suchen, wie die strukturalen Ursachen überwunden werden können. Diese strukturalen Ursachen der Weltwirtschaftskrise weisen darauf hin, daß wir uns in einer Periode eines großen Überganges befinden, dessen charakteristischste Begleiterscheinung die heutige Rationalisierung der Erzeugung ist.

Der Untersuchung der Frage, welche eigentlich jene hauptsächlichen und vor allem strukturalen organischen Ursachen der Krise sind, wird heute viel Aufmerksamkeit gewid-

met. Der Völkerbund hat eine eigene Sachverständigenkommission unter Leitung des schwedischen Präsidenten Olin errichtet, an der auch wir beteiligt sind und die diese Probleme sicherlich gut beleuchten wird. Ich mache auch auf die Publikation unserer Nationalbank aufmerksam „Kritische Übersicht der maßgebenden Analysen der Weltwirtschaftskrise“, eine zweifellos sehr scharfsinnige und wertvolle Studie.

Als auf eine der Ursachen der Weltkrise verweist man übereinstimmend auf die Überproduktion in gewissen Gebieten und in gewissen Gütern, vor allem in der Landwirtschaft. Weiters auf die Rationalisierung der Produktion, welche in ihren Wirkungen der bekannten Industrierevolution nach Einführung der Maschinen im vergangenen Jahrhundert gleicht. Das Anwachsen der Industrieproduktion durch die Rationalisierung und den Fortschritt der Wissenschaft und Technik ist schneller als das Steigen der Verbrauchsmöglichkeiten der Bevölkerung. Es entsteht also eine Überproduktion, daraus Krise, Arbeitslosigkeit, heftiger Konkurrenzkampf um die Absatzmärkte und ein wahnsinnig steigendes Schutzzollsystem, mit einem Wort *der heutige furchtbare Zustand eines wirklichen Wirtschaftskrieges*.

Die hohe Schutzzollpolitik und der Wegfall großer Weltabsatzmärkte, wie es Rußland, In-

dien und China war, haben das Mißverhältnis zwischen Erzeugung und Verbrauch noch vergrößert. Die Regelung der Kriegsschulden und das Verhältnis Amerikas zu Europa wirkt ebenfalls als einer der Krisenfaktoren. Ein großer Faktor in der heutigen Weltkrise sind schließlich die unruhigen politischen Verhältnisse, die heutigen großen politischen Konflikte.

Wie ersichtlich, sind alle diese hauptsächlichen Krisenfaktoren — ich habe sie nicht alle vollständig aufgezählt — allgemeiner, gesamtweltlicher und organischer Natur. Daher ist auch die Krise allgemein und so durchdringend. Und daher ist der Kampf gegen sie so schwierig und muß allgemein, international, sozusagen gesamtweltlich sein, muß zugleich, um mich so auszudrücken, struktural sein, d. h. er muß bis auf diese Wurzeln gehen, durch eine internationale, bei uns wenigstens alleuropäische Zusammenarbeit, und er wird naturgemäß ziemlich lange dauern.

Schon deshalb kann der bloße Plan der sogenannten Zollunion im Wesen von dieser Krise überhaupt nichts lösen. Darin liegt auch ein Irrtum der Initiatoren des Planes, wenn sie glauben, daß sie die Krise durch eine solche teilweise und exklusive Maßnahme zu lösen beginnen.

Gegen all dies gibt es keine andere Hilfe, als ein Abkommen der Industriestaaten über die inter-

ationale Reglementierung der Produktion und Warendistribution, begleitet von einem Abkommen über einige Grundsätze der sozialen Gesetzgebung und über die Verkürzung der Arbeitszeit. Es würde sich um Abkommen handeln, analog dem jüngsten Abkommen über Erzeugung und Verkauf von Zucker. Zunächst wäre es notwendig, die hauptsächlichsten Industriezweige zu wählen und dann die Zweige der Standarderzeugung. Man darf freilich nicht vergessen, daß es auch zu einem Abkommen über die Erzeugung und Distribution der Agrarprodukte kommen wird. Das erste solche notwendigste Abkommen wird z. B. die Beschränkung der Anbauflächen betreffen.

Eine dauernde Gesundung der europäischen Wirtschaft läßt sich durch einen dreifachen allmählichen Prozeß durchführen. Vor allem durch eine Stabilisierung der Industriezölle, dann durch eine allmähliche *Herabsetzung* der Zölle und schließlich durch die Ausgleichung der Zölle für die Hauptprodukte, so daß es zu einer tatsächlichen „Angleichung“ in allen wichtigsten Industriestaaten Europas käme und damit in *Wirklichkeit für ganz Europa zu etwas Ähnlichem, wie es der deutsche Plan nur für sein Mitteleuropa will.*

Der Zollfriede war ein gesunder und richtiger Gedanke, aber er scheiterte unter anderem auch an den Vorbehalten Österreichs, welches glaubte, daß es sich in seinem heutigen Zustande nicht die Hände binden konnte.

Ich habe schon früher gesagt, daß das ganze europäische Handels- und Wirtschaftssystem auf dem Prinzip der Meistbegünstigung aufgebaut ist und daß die sog. deutsch-österreichische Zollunion, indem sie Binnenzölle beibehält, diese Klausel verletzt, deren Beseitigung heute in Europa ein allgemeines wirtschaftliches Chaos und einen Handelskrieg aller gegen alle entfesseln würde. Die Verwirklichung einer Zollunion „sui generis“ nach deutschem Muster würde demnach, wie ich schon nachgewiesen habe, ganz bestimmt den Zusammenbruch des heutigen Handelssystems in Europa und die notwendige Bildung von wirtschaftlich einander gegenseitig bekämpfenden Blocks zur Folge haben. Daher sind Ausnahmen von der Meistbegünstigungsklausel einzig nur für eine beschränkte Zahl von Erzeugnissen, namentlich agrarischen, möglich und nur im Wege eines allgemeinen europäischen Abkommens, welches dann sicherlich im gemeinschaftlichen Einvernehmen die Zustimmung der Überseeländer erreichen wird.

Es ist daher vor allem notwendig, weiter den *Zollfrieden* anzustreben und sich mit den Staaten, welche Vorbehalte gemacht haben, dahin zu einigen, daß sie von ihnen ablassen. Dadurch würde eine *Stabilisierung* der Preise erzielt werden. Es wird sich weiter zeigen, daß eine Reihe von Staaten bei gutem Willen die *Zölle herabsetzen* kann. Die Rettung Europas ist nicht anders möglich als

daß man durch allmählichen Übergang über die Stabilisierung und Herabsetzung der Zölle zunächst *innerhalb* Europas zum freien Handel gelangt. Damit dies möglich sei, muß in Europa ein weiterer und letzter entscheidender Schritt getan werden: über die *internationale Reglementierung einiger großen Industriezweige* zu verhandeln. Unter dieser internationalen Reglementierung verstehe ich vor allem eine sorgfältiger, eingehender und wissenschaftlicher staatlich geregelte internationale Handels- und Industriepolitik im Wege des Abschlusses von Übereinkommen, betreffend den Produktionsumfang in den einzelnen Staaten und von Übereinkommen über die Produktionsdistribution und die gegenseitige Abteilung der Weltabsatzmärkte.

Praktisch würde dies vor allem bedeuten eine gewisse *Stabilisierung in der heutigen Industrialisierung der Staaten* in den hauptsächlichlichen Industriezweigen, wenigstens auf eine gewisse Reihe von Jahren, und damit die Beschränkung des internationalen Konkurrenzkampfes wenigstens auf ein gewisses annehmbares Maß. Sonst würden da eine große Rolle spielen einerseits die Kartelle, andererseits die großen staatlichen Organisationen, bzw. die staatliche Reglementierung der Industrieerzeugung überhaupt. Es wäre wünschenswert, die Möglichkeit eines Abkommens soweit als möglich den meistinteressierten Industrien selbst zu über-

lassen, wie dies im Falle des Zuckerabkommens der Fall war.

Damit wäre die Grundlage gegeben für eine Herabsetzung der Industriezölle, deren gegenseitige Ausgleichung und deren schließliche Beseitigung.

So wird man auf einem Umwege zu der im deutschen Plane für Mitteleuropa enthaltenen Idee gelangen. Aber dies kann nicht nur Mitteleuropa betreffen, sondern ganz Europa, wie ich es schon einigemal gesagt habe: Die heutigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten können nicht durch den Plan der einen gegen die anderen gelöst werden, sondern durch einen allgemeinen europäischen Plan, der sich auf alle wichtigen europäischen Faktoren bezieht.

Ich bin mir aller Schwierigkeiten dieses Vorgehens bewußt, sowie dessen, daß dies weittragende Veränderungen in der Art und dem System der heutigen inländischen und internationalen Wirtschaft bedeutet. Ich bin mir auch bewußt, daß viele befürchten werden, dieses Vorgehen und das neue Prinzip zu akzeptieren und das alte liberalistische System der internationalen Produktion und Distribution der Waren zu verlassen, welches in der innerstaatlichen Produktion und Distribution schon in allen Staaten in seinen ursprünglichen reinen Formen absolut verlassen wurde. Ich bin überzeugt, daß die Ent-

wicklung der internationalen Wirtschaft auf demselben Wege fortschreitet und wenn Europa nicht noch lange sehr große Schmerzen und Erschütterungen wird durchmachen wollen, werden wir den Versuch dieser Lösung der Wirtschaftskrise machen müssen. Es genügt nämlich nicht nur, die äußeren Symptome dieser Krise zu lösen, man muß tiefer gehen, bis an ihre Wurzeln, und sehen, daß die Grundlage der Krise organisch ist. Sie entspringt aus den organischen Veränderungen des modernen und Nachkriegslebens der heutigen Gesellschaft — bedenken wir, was die heutige Rationalisierung der Erzeugung bedeutet! — aus den bereits angeführten Ursachen der heutigen Überproduktion und daraus, daß die gesamte Wirtschaft heute international und Weltwirtschaft geworden ist.

Dies alles ist freilich nicht etwa ein starres Programm oder ein Plan, sondern vor allem die Andeutung der Entwicklungslinien.

In den Einzelheiten müssen die Sachverständigen und Praktiker selbst sehen, was man so machen soll, was man anders anpassen und welchen Dingen man eine etwas andere Richtung geben soll. Wir müssen uns bewußt sein, daß wir in der Zeit eines großen Übergangs, großer organischer Veränderungen leben, wo wir neue Wege und neue Aus-

gangspunkte vor allem im alten Europa suchen.

Ich will noch bemerken, daß man parallel mit diesen Aktionen eine internationale Aktion für billigen Kredit ausbauen muß. Auch dies ist ein Schritt zur Gesundung der internationalen Wirtschaftsverhältnisse.

Und dabei bedeutet dieser Weg nicht nur die allmähliche Milderung des wirtschaftlichen Wettbewerbs zwischen den europäischen Staaten und die allmähliche und wachsende Solidarität der Interessen, sondern vor allem eine solche Lösung des gegenseitigen Zusammenhanges und der gegenseitigen Ergänzung der Volkswirtschaft der einzelnen Staaten, daß gerade die Zollschränken allmählich gegenstandslos würden und ein wirtschaftlich einheitliches Europa sich selbsttätig aus sich selbst heraus gestalten würde. Letzten Endes wäre dies die sicherste Arbeit gegen alle möglichen Kriege in Europa.

Ich möchte nun aus diesen Erwägungen in einigen Sätzen die Synthese ziehen, welche unsere Ansicht über die Situation zum Ausdruck bringt:

1. Die heutige Vervollkommnung der Kommunikationen, die Rationalisierung, der technische Fortschritt und die ungeheure Entfaltung der Wissenschaften überhaupt erfordern in ihrer Anwendung auf das Wirt-

schaftsleben große Wirtschaftsganze. Diese Tendenz gilt auch für uns und wir sind daher für sie. Sie gilt aber heute für ganz Europa, nicht nur für unsere unmittelbare Umgebung. Dies bedeutet nicht, daß wir nicht so sehr als möglich eine intime wirtschaftliche Zusammenarbeit mit unserer Umgebung und namentlich mit unseren Freunden von der Kleinen Entente anstreben werden, aber das Endziel muß das einheitliche europäische Wirtschaftsganze sein.

2. Wir betrachten es als notwendig, sofort an die Lösung der Agrarkrise heranzutreten und sind für ein Präferenzsystem für landwirtschaftliche Produkte, das zu einer wirksamen Organisation der landwirtschaftlichen Produktion und des Absatzes führen wird. Darnach müssen wir bei uns daheim durch innere Maßnahmen erledigen, was für den unbedingten Schutz unserer Landwirtschaft notwendig ist.

3. Wir beharren unentwegt auf der Meistbegünstigungsklausel. Wir betrachten es als unumgänglich, den europäischen Zollfrieden und die Stabilisierung der Zölle durchzuführen, dann deren Herabsetzung und schließlich durch eine internationale Reglementierung der Industrie den Weg zum freien europäischen Handel vorzubereiten. Dieser Weg wird die Bildung von Zollunionen und gegenseitig sich

bekämpfenden feindseligen Blocks, welche auch ferner Europa in einen verzweifelten Zollkrieg treiben würden, hindern.

4. Es ist unumgänglich, daß die finanziell fähigen europäischen Staaten die Bedingungen für den Ausbau eines Systems billigen Kredits, namentlich für landwirtschaftlichen Hypothekarkredit schaffen. Die Genfer Institution besitzt heute bereits soviel Autorität und Möglichkeiten, um dieses System ausbauen zu können.

5. Es ist notwendig, daß sich die Industriestaaten einigen und mit Hilfe des Internationalen Arbeitsamtes sofort eine Aktion zur Herabsetzung der Arbeitslosigkeit, vor allem durch weitere Begrenzung der Arbeitszeit einleiten. Eine solche Aktion müßte freilich mit größerer Kontrolle und größerer Entschiedenheit durchgeführt werden, als die bisherigen Aktionen für die achtstündige Arbeitszeit, weil auch große Staaten, welche sich zum Achtstundentag verpflichtet haben, diese Verpflichtung einfach umgangen haben, trotzdem sie hiebei Millionen von Arbeitslosen ausgewiesen haben. Dabei haben sie durch ihre Konkurrenz leicht ähnliche Unternehmungen in den Nachbarstaaten ruiniert.

IX. DIE EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- KRISE UND UNSERE HANDELSPOLITIK

Unsere Handelspolitik wird oft kritisiert. Es wird ihr Programmlosigkeit oder Einseitigkeit vorgeworfen. Unter dem Einfluß der letzten Ereignisse war diese Kritik noch entschiedener. Ich will unparteiisch konstatieren, daß wenn auch nicht alles in dieser Kritik richtig ist, unsere Handelspolitik im allgemeinen einige Vorwürfe verdient.

Sie ist freilich nicht selbst schuld daran. Sie geht in derselben Linie mit der Politik der übrigen Staaten vor. Und alle europäischen Staaten — bis auf kleine Ausnahmen — wurden nach dem Kriege von einem solchen Schutzzollfieber ergriffen und waren so tief von der Notwendigkeit des Ausbaues ihrer absolut selbstgenügsamen Volkswirtschaft überzeugt, daß eine Abweichung von diesem Axiom jedem fast als nationaler Verrat erschien. Heute beginnen wir uns alle von diesem Irrtum zu heilen und ich bin sicher, daß wir nach kurzer Zeit von ihm vollkommen geheilt sein werden.

Unsere Handelspolitik, die gemeinsam mit der Politik der anderen Staaten diesen Weg ging, ohne weitreichende voraussehende Linien und Pläne für die Zukunft, hat bisher einfach empirisch die alltäglichen Schwierigkeiten, einmal der Industrie, das anderemal der

Landwirtschaft zu lösen gesucht. Mit diesem System kommen wir heute bereits nicht mehr aus und die letzten Ereignisse wurden für uns tatsächlich zu einem *Memento*. Ich wünsche, daß sie uns alle tatsächlich daran erinnern mögen, was wir zu machen haben und machen müssen.

In dem europäischen Schutzzollfieber haben also auch wir Protektionismus betrieben. Aber man muß anerkennen, daß unser Industrieprotektionismus oft übertrieben war, größer als es notwendig war und sehr oft überflüssig. Als es sich jetzt um unseren Beitritt zum deutsch-österreichischen Plan handelte, haben wir auf einmal gehört, daß unsere Industrie so ausgerüstet sei, daß sie die Konkurrenz mit Deutschland nicht mehr zu fürchten brauchte. Plötzlich finden diejenigen, welche dies die ganzen Jahre hindurch behaupteten, Zustimmung aus jenen Kreisen, welche an der Sache das größte Interesse haben. Es ist dies ein Beweis dafür, daß wir uns mit den übrigen europäischen Staaten gemeinsam über eine Politik des Abbaues des Industrieprotektionismus einigen können und müssen. Ein Exportstaat wie wir braucht für sich nicht zu befürchten und kann im Auslande nur gewinnen. Es ist dies auch die einzige Politik, welche unserer Außenpolitik, unserer Situation in Europa und auch unserem wirtschaftlichen Interesse in der ganzen Welt entspricht.

Durch unsere Handels- und Industriepolitik müssen wir uns daher rasch der Entwicklung anpassen, die sich in Europa vorbereitet, dem Zustande, der jetzt geboren wird und der aus der Europa-Kommission in Genf sicherlich früher oder später hervorgehen wird. Unsere Handelspolitik hatte oft lokale, enge, nicht-europäische, nicht weltumfassende Horizonte. Und dennoch haben wir das wirtschaftliche Interesse, in den vorderen Reihen aller europäischen Aktionen für die Beschränkung des Protektionismus zu stehen. Vergleichen wir unsere Politik mit dem uns in Europa durch seine industriellen und kommerziellen Interessen ähnlichstem Staate, Belgien. Belgiens Industrie und Handel ist ganz anders vorgegangen als wir.

Ferner muß man ganz entschieden bedauern, daß unser Staat bisher keine wahrhaft wirksame Aktion mit dem Exportkredit durchzuführen vermochte. Ein Staat wie der unsrige wird ohne diese Aktion nicht auskommen und je länger wir zögern, desto größere und unersetzlichere Schäden werden wir erleiden. Ich betrachte es freilich für notwendig zu betonen, daß dies nur eine vorläufige Maßnahme ist und sein kann, nur für die im gegenwärtigen Augenblick gegebenen Verhältnisse.

Man muß ferner auf die Politik unserer Banken verweisen. Unser Geldwesen muß vervoll-

kommnet werden, damit es den Bedürfnissen und dringenden Notwendigkeiten entspreche, die die gegenwärtige Zeit unserem Staate auferlegt. Der Exportcharakter und die Struktur unseres Staates, die Notwendigkeit, aktive Bilanzen zu erzielen, zwingen uns, uns auch ernstlich um den Export des Kapitals ins Ausland zu bekümmern. Das Beispiel Belgiens, Schwedens und der Schweiz sollte bei unseren Finanzmännern etwas mehr Ehrgeiz und mehr internationalen Sinn erwecken, damit sie einerseits für sich selbst, andererseits für ihren Staat das tun, was die Banken dieser Länder für ihre Staaten geleistet haben und leisten. Ich wiederhole, die Kraft hiezu hätten wir schon, uns fehlt es nur an einer größeren Zahl fähiger Leute und namentlich auch an mehr Erfahrungen und Weitblick. Die heutigen Ereignisse werden uns vielleicht auch in dieser Hinsicht belehren. Man muß auch bedauern, daß wir bisher in der Finanzwelt verhältnismäßig wenig Persönlichkeiten besitzen, die uns vor der Welt repräsentieren. Als Außenminister habe ich die Pflicht darauf hinzuweisen und zu verlangen, daß da alle gemeinsam darauf hinarbeiten, um Wandel zu schaffen.

In der landwirtschaftlichen Handelspolitik müssen wir uns mit den Präferenzzöllen auseinandersetzen, uns im Rahmen der Präferenzzölle im Innern darüber einigen, was unbedingt

vorzukehren wäre, um die Preise unserer landwirtschaftlichen Produkte zu erhalten, damit wir einerseits die Agrarkrise bei uns nicht steigern, andererseits im Rahmen der Präferenzen unseren Agrarexport, u. zw. namentlich in Gerste, Malz, Hopfen und eventuell Zucker retten. Und vor allem ist es notwendig, ein Einvernehmen zwischen unseren Landwirten und der Industrie zu verlangen. Es geht nicht an, die Forderungen der einen gegen die anderen bis zum äußersten zu treiben. Bei den Handelsvertragsverhandlungen empfinde ich als Außenminister — und ich brauche sie wohl nicht hier des langen aufzuzählen — alle Schwierigkeiten, denen das Außenamt bei den Verhandlungen ständig begegnet. Das Präferenzsystem und mit ihm gemeinsam ausgebaut das System des organisierten landwirtschaftlichen Imports zu uns, sei es in Form des Monopols oder in einer anderen Form, wird uns manche Erleichterungen bringen und uns vor allem einen leichteren Vertragsabschluß mit Ungarn und Österreich ermöglichen.

Es besteht kein Zweifel, daß der vertragslose Zustand mit Ungarn sowohl die Ungarn wie uns schädigt und daß es im Interesse beider Staaten liegt, diesen Zustand zu beendigen. Unser Außenamt betrachtet diese Frage unpolitisch, es wünscht entschieden den Abschluß dieses Vertrages und wird alles tun, damit man

zu einer Einigung gelange. Es muß freilich denselben guten Willen auf der anderen Seite verlangen. Wir zweifeln nicht, daß dies auch bei der Budapester Regierung der Fall ist.

Die so angedeuteten Richtlinien, gestützt auf unsere obenerwähnten Hauptgrundsätze bei der Lösung der europäischen Wirtschaftskrise, würden sicherlich den heutigen Bedürfnissen unserer Handelspolitik voll entsprechen. Unsere Handelspolitik kann sich freilich nicht nur einfach von den Wünschen oder Anschauungen eines Faktors oder einer Person leiten lassen; sie war und ist die Komponente der Wünsche, Ansichten und Interessen aller entscheidenden Faktoren, die eine vernünftige, für alle annehmbare Synthese anstreben müssen. In diesem Sinne sind auch diese meine Bemerkungen zu verstehen. Ich hoffe, daß es im weiteren Verlaufe der Entwicklung möglich sein wird, sich mit allen politischen Parteien und innerpolitischen Faktoren auf diesen Richtlinien zu einigen und sie wirksam und konsequent durchzuführen. Ich füge hinzu, daß unsere Industriellen und Kaufleute die Regierung und die übrigen Organe noch mehr unterstützen müssen, daß sie noch mehr Initiative entwickeln und noch eifriger auch selbst ihre Absatzmärkte aufsuchen müssen; es gibt viele, die so handeln, aber es gibt auch andere, die auf den alten Wegen und Traditionen beharren. Man muß sich

seine Wege suchen und sich zu seinen Positionen in der Welt auch ein wenig selbst durchkämpfen. Auch darauf muß man heute unsere Leute aufmerksam machen.

SCHLUSS

Die Frage der sog. deutsch-österreichischen Zollunion ist dem Völkerbund vorgelegt und wird dort — ich will es glauben — sicherlich gelöst werden. Ich hoffe das zur Zufriedenheit aller und im Interesse der Ruhe und des Friedens in Europa. Herr Minister Curtius hat sie aus eigener Initiative auch dem Europakomitee in Genf vorgelegt und eine Diskussion über den ganzen Komplex der mit dem Kampfe um die europäische Zollpolitik zusammenhängenden Fragen gefordert. Die tschechoslovakische Außenpolitik ist ihm dafür dankbar. Dies ist eigentlich der Weg, den man vom Anfang an hätte gehen sollen, vor der Unterzeichnung des Planes und vor seiner Veröffentlichung als einer fertigen Tatsache.

Aber auch mit diesem Schritt kommt die ganze Angelegenheit auf die richtige Linie und es besteht kein Zweifel, daß damit eine Situation vorbereitet wird, in der wir dann zu einer allgemeinen Einigung gelangen werden.

Aus meinen ganzen Darlegungen ist ersichtlich, daß es im Zusammenhange mit diesem ganzen Streit in unserer Politik nicht den Schatten einer Feindseligkeit, eines Gefühles des Widerstandes oder des Strebens, unsere Nachbarn zu schädigen, gibt. Mit Überraschung und großer Enttäuschung habe ich ein

amtliches Wiener Communiqué gelesen, welches die Wiener Presse tadelte, weil sie Nachrichten gegen die Zollunion veröffentliche und damit für die „Feinde“ jenseits der Grenzen arbeite. Mit diesen Feinden waren vielleicht auch wir gemeint. Ich bedauere solche Inziden- te. Wir sind im Gegenteil Österreich und sei- ner Regierung freundschaftlich und aufrichtig gesinnt. So war wenigstens meine Politik als Außenminister schon 12 Jahre lang, so wird sie auch trotz aller dieser Streitigkeiten bleiben.

Ich bin dafür dankbar, daß unsere Beziehun- gen zu Berlin so sind und bleiben; aufrichtig, freundschaftlich. Wir werden uns immer auch in Zukunft offen sagen, was möglich ist und was nicht zu machen geht, offen und loyal wer- den wir gegenseitig unsere Interessen verteidigen, aber wir werden uns beide sicherlich der Verpflichtungen gegenüber unseren Staaten und Völkern sowie gegenüber dem Frieden Europas bewußt sein, und deshalb werden wir an der Politik, die wir die ganzen Jahre hin- durch bereits betreiben, sicherlich nichts ändern. Höchstens, daß wir uns mit diesem Stritt noch mehr bewußt werden, wie zwischen uns gute Zusammenarbeit und Harmonie not- wendig ist und daß man namentlich eifrig an der Annäherung Frankreichs mit Deutschland und an dem Einvernehmen Paris—Berlin arbei- ten muß.

Sonst wird sich unsere allgemeine politische Linie durch diese Ereignisse in nichts ändern. Die Einheit der Kleinen Entente und die Solidarität mit Polen hat sich voll bewährt — trotz aller gegenteiligen Gerüchte und Nachrichten in der Presse. Daß hie und da jemand in Jugoslawien und Rumänien zögerte, oder in den Ansichten über dieses Ereignis desorientiert war, wird niemand leugnen, noch sich darüber wundern — bei uns war es ebenso. Diese Frage ist nicht einfach und erfordert große Erfahrungen sowie Klarheit des Denkens, um gleich ohne Zögern definitiv sagen zu können: Ja — Nein. Übrigens hat dieser Stritt wie ein Blitz ganz Europa und insbesondere einzelnen mitteleuropäischen Völkern die Schwierigkeiten und Gefahren klar gezeigt, welche sie dort treffen könnten, wo sie es vielleicht am wenigstens erwartet haben. Auch das hat seinen Wert.

Aber alle Regierungen der Staaten der Kleinen Entente waren vom Anfang an vollkommen eines Sinnes und haben überhaupt in nichts gezögert. Ich warne daher jeden, der mit irgendwelcher Uneinheitlichkeit hier rechnen wollte. Er würde sich sehr täuschen. Übrigens meine ich, daß diese Ereignisse eher einen Einfluß auf eine gewisse Annäherung der Staaten der Kleinen Entente mit Ungarn haben können, wenn man in Ungarn richtig erwägen wird. Es wird uns dies allen zeigen, daß wir zunächst die

wirtschaftlichen Beziehungen vervollkommen müssen und daß wir dann leichter die politischen Differenzen werden lösen können. Dies gilt für uns wie auch für Ungarn. Wir sind für eine solche Aktion vorbereitet. Ebenso glaube ich, daß die Aktion für eine allgemeine Einigung mit Italien nach diesen Diskussionen ebenfalls einen Schritt nach vorwärts wird tun können.

Wenn man wenigstens zu einem teilweisen Erfolg auf der Abrüstungskonferenz des Jahres 1931 gelangen soll, so müssen wir aus diesem ganzen Stritt genähert und nicht noch mehr beunruhigt hervorgehen. Ich glaube, daß dies möglich ist und daß der Stritt um die deutsch-österreichische Zollunion am Schluß auch seine guten Folgen haben könnte. Ich würde dies wahrhaft wünschen und unsere Außenpolitik wird aufrichtig darauf hinarbeiten. Ich glaube, ich will glauben, daß die Mai-verhandlungen in Genf uns allen dieses gute Ergebnis bringen werden. Die Ergebnisse dieser Verhandlungen werde ich selbstverständlich je nach den Umständen dem Parlamente oder dessen Ausschüssen vorlegen.

LANDKARTE DER TSCHECHOSLOVAKEI—Massstab 1 : 2,000.000. Angeschlossen: Pläne von Prag, Brünn und Bratislava, sowie die wichtigsten statistischen Daten über die Tschechoslovakei	5.—
MASARYK STAATSMANN UND DENKER	25.—
MORÁVEK J., Prager Burg gebd.	27·50 20.—
NEJEDLÝ Z., Friedrich Smetana	9.—
NOVÁK A., Das barocke Prag . . brosch. 15.— gebd.	20.—
OPOČENSKÝ JAN, Der Untergang Oesterreichs und die Entstehung des tschechoslovakischen Staates . .	25.—
PAPOUŠEK JAROSLAV, Der Kampf um die tschechoslovakische Selbständigkeit	10.—
PLAN DER HAUPTSTADT PRAG in neun Blättern. Führer durch Prag, Verzeichnis der Strassen usw., brosch. 20.— gebd.	25.—
PRAG UND SEIN AUFSTIEG. Mit 20 Abbildungen	25.—
SINCLAIR U., Das Haus der Wunder	7·20
SOBOTA E., Die Schweiz und die tschechoslovakische Republik	6.—
ŠAFAŘÍK E., Joannes Kupezky (1667—1740) . gebd.	180.—
WIRTH Z., Die Čechoslovakische Kunst von der Urzeit bis zur Gegenwart. — Begleittext von V. Birnbaum, A. Matějček, J. Schráníl, K. Wirth . . gebd.	180.—

ERHÄLTlich BEI JEDEM BUCHHÄNDLER

Prager Presse

DAS BEDEUTENDSTE TAGESBLATT
DER TSCHECHOSLOVAKEI

Bestinformierte Rubriken:

VOLKSWIRTSCHAFT, TAGESBERICHT, LITERATUR,
KUNST, SPORT, MODE

Jeden Sonntag Reise- und Bäderbeilage

»DIE WELT AUF REISEN«

die unentbehrliche Beraterin für Kurgäste und Touristen

Die sonntägige illustrierte

TIEFDRUCKBEILAGE

ist die hochwertigste Ergänzung des Blattes

Verlangen Sie Gratis-Probenummer!

VERWALTUNG DER PRAGER PRESSE:
PRAG XII, FOCHOVA 62



UF DER EREIGNISSE NACH
CHUNG DES PLANES ÜBER
SCH-ÖSTERREICHISCHE
ZOLLUNIONENSER[®] STANDPUNKT

Der we... des Planes der sogenann-
ten deutsch... Zollunion, welche bei
dem Besuche... Außenministers Cur-
tius in Wien v... ist, ist der inter-
nationalen Öffent... März 1931 mit-
geteilt worden. ... hlung des voll-
ständigen Textes, d... erfolgte, hat
in ganz Europa große... und in einer
Reihe von Staaten Un... stand her-
vorgerufen. Die Regieru... ten, wel-
che von der ganzen Ange... vor der
Veröffentlichung des Plan... gelangt
hatten, haben eine vorläufige... Wien
vorgenommen, wobei sie vollst... a-
tionen verlangt und darauf aufm...
haben, daß der Plan nach ihren Int...
internationalen Verpflichtungen Öst...
letzen könnte.

306

05 16 000

W3 Rostock

the scale towards document